Einzelpreis 3.— Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt" „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat August 70.— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen.
Fernsprecher: Hansa 1970, 1971 und 1972.
Redaktionssekretariat: Dönhoff 5593.
Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Mittwoch, den 23. August 1922

5. Jahrg. Nummer 310

Die zweispaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 25.— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 3.— M., jedes weitere Wort 2.— M.
Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192
Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Oesterreich vor dem Zusammenbruch

Die Ententepolitiker, die in St. Germain zusammen kamen, um unter die Auflösung der alten Doppelmonarchie Oesterreich-Ungarn in eine Anzahl ohnmächtiger Kleinstaaten ihr Siegel zu setzen, haben sie den lebensunfähigsten Teil des alten Kaiserreichs unter dem Namen Oesterreich weiter bestehen lassen. Weit über die Hälfte der gesamten Republik sind in der Stadt Wien zusammengepfercht. Es fehlt dem Staate an allem zur Produktion notwendige. Fast drei Viertel aller Bedürfnisse der Bevölkerung müssen vom Auslande gedeckt werden. Die völlige Wirtschaftsunmöglichkeit ließ es schnell zusammenbrechen. Seine Währung ist unter dem 16000sten Teil des Friedensstandes herabgesunken. Ungeheure Teuerung ist die Folge. Ein Pfund Schmalz kostet 15 000 Kronen, ein Paar Schuhe bis eine halbe Million, ein Anzug eine Million usw., für eine Straßenbahnfahrt sind 450 Kronen zu entrichten, für ein Brot 4500 Kronen.

Und diese Entwicklung schreitet rapid vorwärts. Im Laufe eines einzigen Monats — vom 15. Juli bis 15. August — haben sich die Preise mehr als verdoppelt. Dr. Leo Lederer, der Wiener Korrespondent des „Berliner Tageblatt" beurteilt die Lage wie folgt:

„In ihrer Gesamtheit bietet die Preisgestaltung in Deutsch-Oesterreich das Bild, **das vor einem Jahre der Markt in Sowjetrußland gewährte. Es ist sogar festgestellt worden, daß die Entwertung der Krone in der letzten Zeit weit schnellere Fortschritte gemacht hat als jene des Sowjetrubels im gleichen Zeitraume des Vorjahres.** Aber auch noch eine zweite Analogie droht binnen kurzem in die Erscheinung zu treten. **Die Preise in Deutsch-Oesterreich werden in absehbarer Zeit die Weltparität vielfach um das zwei- bis dreifache überschreiten.** Das ist nur natürlich, wenn man bedenkt, daß Deutsch-Oesterreich in jener Lebensfähigkeit, mit der es seine Schöpfer begabt haben, mit mehr als 70 Prozent seiner Bedürfnisse auf die Einfuhr angewiesen ist, und in den wichtigsten Artikeln auch außer für den Weltrohstoffpreis für die Unterbewertung der Krone, die hohen Frachtspesen und die außerordentlichen Gewinne des Zwischenhandels aufzukommen hat. Da es gerade die wichtigsten Nahrungsmittel und Rohprodukte, vor allem Getreide, Fett und Kohle sind, in denen Deutsch-Oesterreich zum größten Teil auf den Bezug aus dem Ausland angewiesen ist, müssen sich diese Tatsachen auch in den Produktionsbedingungen der deutsch-österreichischen Industrie, vor allem in den Löhnen auswirken. Also Ueberschreitung der Weltparität in den wichtigsten Bedarfsgegenständen; dabei werden jedoch die Verdienstmöglichkeiten nicht im entferntesten diesen Preissteigerungen entsprechen".

Es wiederholt sich in Oesterreich, was sich bereits in Rußland zeigte. Die Ursachen sind nicht die gleichen. Aber die kapitalistische „Wiederaufbauarbeit" hatte nicht minder den Ruin des Landes im Gefolge, wie die verfehlten Wirtschaftsmaßnahmen und die konterrevolutionären Invasionen in Rußland.

Oesterreich fordert politische Lösung

(DA.) **Wien**, 22. August. Aus Anlaß der Auslandsreise des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel liegen hier Aeußerungen aus politischen und parlamentarischen Kreisen vor, in denen betont wird, daß Oesterreich nur durch das seit dem Vertrag von Saint Germain bestehende Provisorium an den Rand des Abgrundes gekommen sei. Die österreichische Frage verlange jetzt eine positive politische Lösung, von der die finanzielle und wirtschaftliche Gesundung abhänge. Oesterreich könne nicht weiter existieren, nur um einige politische Negationen der Entente zu ermöglichen. Frankreich wolle nicht, daß Oesterreich sich mit Deutschland vereinige, England sei dagegen, daß irgend eine andere Großmacht diese wichtige Donaustellung besetze, Italien protestiere gegen die Donauföderation und die Tschechen und Jugoslaven hätten Furcht, daß sich die italienische Militärmacht noch weiter nach Norden ausbreite. Oesterreich könne also tun oder lassen was es wolle, immer werde es irgend eine der Großmächte vor den Kopf stoßen. Das sei ein unhaltbarer Zustand, Oesterreich könne und wolle nicht weiter vegetieren, nur um diese Negationspolitik der Ententemächte zu ermöglichen. In Rom, Prag und Berlin herrsche jedenfalls ein stärkeres Interesse für Deutsch-Oesterreich. Diese direkten Nachbarn des unglücklichen Staates wüßten besser, welche Wirkungen die absolute Katastrophe Oesterreichs haben müßte. Aus diesem Grunde reise Bundeskanzler Dr. Seipel nach Rom, Prag und Berlin, auch weil er der festen Ansicht sei, daß in diesen Hauptstädten sich das eigene Interesse an dem Weiterbestand Oesterreichs durch tatkräftige Hilfe manifestieren werde. Dr. Seipel wünscht eine möglichst baldige wirtschaftliche Wiederannäherung an die unmittelbaren Nachbarstaaten. Die Reise Dr. Seipels scheint auf die hiesige Entente-Diplomatie einen starken Eindruck gemacht zu haben. Wie die „Dena" erfährt, sind von Wien aus nach Paris und London sehr lange telegraphische Berichte der Wiener diplomatischen Vertreter der Entente abgegangen.

In Budapest wird die Reise des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel nach Prag dahin aufgefaßt, daß die österreichische Regierung den Versuch einer Angliederung Oesterreichs an die Tschechoslowakei unternommen hat. Dieser Schritt erregt hier peinliches Aufsehen, weil man darin eine vollständige Einkreisung Ungarns erblickt. Nach einer Meldung des „Az Ujsag" wird die ungarische Regierung gegen eine derartige Angliederung Oesterreichs an die Tschechoslowakei eine Protestnote an den Obersten Rat richten.

Der österreichische Bundeskanzler in Berlin

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel ist gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr in Berlin eingetroffen und auf dem Anhalter Bahnhof vom Reichskanzler Dr. Wirth, Staatssekretär v. Simson und dem österreichischen Gesandten Dr. Riedel empfangen worden. In die sachlichen Verhandlungen wird erst heute eingetreten

Bayern befriedigt

München, 22. August. Heute nachmittag fand eine Sitzung des Ministerrats statt, zu der auch die Führer der Koalitionsparteien des Landtages hinzugezogen worden waren. Gegenstand der Beratungen waren die letzten Vereinbarungen, die in Berlin in der Angelegenheit der Gesetze zum Schutz der Republik getroffen worden sind. Der Ministerrat und die Führer der Koalitionsparteien haben sich dahin geeinigt, daß die Ergebnisse der letzten Berliner Verhandlungen anzunehmen sind.

Zurücknahme der Ausweisungen?

(EE.) **Paris**, 22. August. Der Straßburger Korrespondent der „Daily Mail" meldet, daß die gegen die Deutschen in Elsaß-Lothringen von der französischen Regierung beschlossenen Retorsionsmaßnahmen zurückgezogen worden wären. Der „Intransigeant" erkundigte sich hierüber. Er konnte zwar keine Bestätigung erhalten, aber auch kein Dementi.

Der bayerische Hindenburgskandal in französischer Beleuchtung

(EP.) **Paris, 22. August. Aus Anlaß des Besuches Hindenburgs in München schreibt der „Temps", daß die gegenwärtige politische Lage einen auffallenden Gegensatz zeige. Auf der einen Seite sehe man, wie Frankreich und England in ernster Weise über die Zweckmäßigkeit der produktiven Pfänder und die Verschuldung Deutschlands diskutieren, andererseits aber wohne man in Deutschland offenen Vorbereitungen für die Wiederherstellung der Monarchie und der militärischen Revanche bei. Seit dem Waffenstillstand beschreibe das Prestige der Alliierten eine fortlaufende fallende Linie, während im Gegenteil die reaktionären Bestrebungen in Deutschland eine aufsteigende Kurve beschreiben. Die zukünftigen Geschichtsschreiber würden eines Tages fragen, warum England beständig Frankreich in den Weg trete, während es doch gleichzeitig diejenigen Deutschen unterstütze, die von einem zweiten Punischen Kriege reden. Der triumphale Empfang, der Hindenburg in München zuteil geworden sei, beweise, daß Bayern der Herd der deutschen Reaktion sei. Es sei übrigens auf mehrere zusammentreffende Tatsachen hinzuweisen. Hindenburg habe kurz vorher in Ostpreußen Truppen inspiziert, General von Seeckt habe sich vor einigen Tagen nach Berlin begeben, und Rußland habe letzthin die Waffen- und Munitionsausfuhr verboten. Alle diese Tatsachen könnten als eine Vorbereitung zu einem neuen Kriege ausgelegt werden.**

Schweres Bauunglück

Auf dem Grundstück Stettiner Straße 10 stürzte gestern nachmittag beim Abbruch eines Kellergewölbes eine Wand ein und begrub fünf Arbeiter unter sich. Der 33 Jahre alte Bauarbeiter Ernst Krüger aus der Sparrstraße 22 wurde getötet. Schwerverletzt wurde der 32jährige Arbeiter Wilhelm Wesenberg aus der Fennstraße 40. Leichtverletzt wurden der Arbeiter Max Ertel aus der Burgsdorfstraße 2, der Arbeiter August Dombrowski, Nordhafen 5 wohnhaft, und der 20 Jahre alte Arbeiter Max Strauß aus Reinickendorf, Waldemarstraße 11.

Unzulängliche Justizreformen

Von Dr. K. Rosenfeld

In den letzten Tagen konnte die Presse nähere Mitteilungen über die jetzt geplante Justizreform bringen. Nach der Absicht des Reichsjustizministeriums soll das neue Strafgesetzbuch noch im laufenden Monat fertiggestellt, dagegen die völlige Umgestaltung des Strafverfahrens zurückgestellt werden, bis das neue Strafrecht geschaffen ist. Zunächst soll neben der Reform der Jugendgerichte die Neuordnung der Strafgerichte in Angriff genommen werden.

Es ist zu begrüßen, daß der erste Gesetzentwurf zur großen Justizreform endlich dem Reichsrat vorgelegt und so mit der Umgestaltung der Strafgerichte begonnen werden soll. Es muß endlich der Anfang gemacht werden, der Klassenjustiz den Boden abzugraben. Wird die Klassenjustiz auch erst dann verschwinden, wenn in einer klassenlosen Gesellschaft Klassengegensätze nicht mehr bestehen, so sind doch gründliche Reformen schon jetzt möglich, vor allem in bezug auf die Organisation der Strafgerichte. Hier liegt das Kernproblem der ganzen Justizreform. Um so erfreulicher ist, daß an diesem Punkt der Hebel zuerst angesetzt werden soll. Insoweit folgt die Regierung den Anregungen gerade unserer Reichstagsfraktion. Haben wir doch bereits im vorigen Jahr im Zusammenhang mit dem von uns eingebrachten Gesetzentwurf zum Schutz der Republik gefordert, daß an die Stelle der jetzt die Strafjustiz ausübenden Gerichte andere Gerichte treten sollen, die schon infolge ihrer Zusammensetzung wenigstens eine gewisse Garantie für eine sozialere Rechtsprechung bieten.

Freilich bleibt der Vorschlag der Regierung auf halbem Wege stehen. Wir wollen ganze Arbeit gemacht wissen und verlangen daher, daß die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen solle, nach dem die Rechtsprechung in Strafsachen nur durch Geschworene ausgeübt werden und die Mitwirkung des juristisch gebildeten Verhandlungsleiters auf die technische Durchführung des Prozesses beschränkt sein sollte. Wir wollten die Laienrichter an die Stelle der Gelehrtenrichter gesetzt wissen. Der Regierungsentwurf sucht einen Mittelweg zwischen diesem Vorschlage und der jetzt (wenigstens in den Strafkammern) ganz in den Händen der Juristen liegenden Justiz; der Gerichtshof soll künftig aus Richtern und Laien gemeinsam gebildet werden.

Nach dem Vorschlage des Justizministeriums soll in der ersten Instanz je nach der Schwere des Falles ein kleines Schöffengericht (wie bisher ein Richter und zwei Schöffen) oder ein großes Schöffengericht (zwei Richter und drei Schöffen) und ein Schwurgericht (wie bisher 3 Richter und zwölf Laien) entscheiden. Neu ist an diesem Vorschlage nur das kleine Schöffengericht, das an die Stelle der jetzigen Strafkammern treten soll. Als Neuerung soll aber weiter in Erfüllung einer alten Forderung, die schon im Erfurter Programm zu finden ist, die Berufung gegen alle Urteile der (kleinen und großen) Schöffengerichte eingeführt werden, und zwar in der Weise, daß über die Berufung die Strafkammern entscheiden, die aber in Zukunft nicht nur aus Juristen, sondern aus drei Juristen und zwei Laien bestehen sollen.

Nach diesem Vorschlage wird allerdings das Laienelement in viel stärkerem Maße als bisher an der Strafrechtspflege zur Mitwirkung herangezogen. Aber befriedigen kann uns diese Regelung nicht. Denn der besondere Vorzug der Schwurgerichte, daß die Laien allein (wenigstens über die Schuldfrage) beraten und entscheiden, fehlt den geplanten Schöffengerichten: Schöffen und Juristen bilden einen Gerichtshof und beraten gemeinsam. Die Laien sind also der unkontrollierbaren Beeinflussung der Juristen im Beratungszimmer ausgesetzt, und nur zu oft wird das Wort des alten Amtsrichters zutreffen, der sagte: „Die Schöffen möchte ich sehen, die mich überstimmen!" Es ist daher sehr bedauerlich, daß das Justizministerium mit dieser jetzt vorgeschlagenen Reform auf halbem Wege stehen geblieben ist.

Noch weniger kann uns der Vorschlag der Regierung über die Auswahl der Schöffen und Geschworenen befriedigen. Unsere Fraktion hat auch in der Frage den Weg gewiesen, auf welchem allein eine Heranziehung aller Bevölkerungskreise nach ihrer Bedeutung erreicht werden kann. Wir haben gefordert: Wahl der Laien durch das Volk nach dem allgemeinen,

gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht und nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems.

Das Justizministerium hat sich zu sehr an die jetzt geltenden Bestimmungen gehalten, nach denen ein beim Amtsgericht zusammentretender Ausschuß die Schöffen und Geschworenen auswählt. Dieser Ausschuß soll erhalten bleiben, obwohl gerade seine Mitwirkung früher die völlige Ausschaltung der Arbeiterschaft zur Folge hatte und die immer noch übliche Zurücksetzung der Arbeiterschaft auf diesen Ausschuß zurückzuführen ist. Allerdings soll der Ausschuß reformiert werden. Er soll in Zukunft von den Selbstverwaltungskörperschaften (Stadtverordnetenversammlung, Gemeindevertretungen usw.) gewählt werden, und zwar durch Verhältniswahl, so daß die Zusammensetzung des Ausschusses künftig in höherem Maße als bisher ein Abbild der Bevölkerung sein wird. Fernen wird dem Ausschuß vorgeschrieben, daß er die Schöffen und Geschworenen „lediglich nach der Eignung zu unparteiischer Rechtsfindung" wählen und daß die Wahl einstimmig erfolgen soll. Höchst bedenkliche Bestimmungen! Denn wann werden sämtliche Mitglieder des Ausschusses darüber völlig einer Meinung sein, ob z. B. der Anhänger einer extremen Oppositionspartei die Eignung zu unparteiischer Rechtsfindung besitzt? Ist aber eine Einstimmigkeit nicht zu erreichen, so soll nach den Vorschlägen der Regierung jedes Ausschußmitglied soviel Personen vorschlagen, als noch erforderlich sind und unter den Vorschlägen soll dann das Los entscheiden. Damit ist die Zusammensetzung der Laienrichter in viel zu weitem Umfang dem reinen Zufall überlassen. Bei dieser Regelung muß auch fernerhin damit gerechnet werden, daß arbeiterreine Schöffen- und Schwurgerichte die Gerichtsbarkeit in Strafsachen ausüben. Nur die Wahl aller Laienrichter gemäß unserer früher erhobenen Forderung sichert das Volk einigermaßen vor einer Zusammensetzung der Gerichte, bei der die Arbeiterschaft nicht hinreichend zur Geltung kommt. Jahrzehntelang werden in anderen Ländern, insbesondere in der Schweiz, sogar die Richter durch das Volk gewählt, ohne daß berechtigte Klagen darüber laut geworden sind. In Deutschland aber will man eine Reform unternehmen und an dem erprobten und am nächsten liegenden Vorschlag einer Wahl der Laien durch das Volk vorübergehen. Die in der Regierungsvorlage vorgesehene Regelung der Auswahl der Laien ist aber nicht nur sehr gefährlich, sie ist auch äußerst unpraktisch. Nach dem Wahlmodus der Regierung mag in kleineren Gemeinden verfahren werden können. Aber wie soll eine solche Wahl in den Großstädten vorgenommen werden, wenn, wie z. B. in Berlin, jährlich mehrere tausend Laien auszuwählen sind. Eine Einmütigkeit aller Mitglieder des Ausschusses wird selten zu erzielen sein, dann müssen die weitaus meisten Laien durch das Los bestimmt werden und das kann gewiß niemand befriedigen.

Der sozialdemokratische Justizminister meint es sicherlich sehr ernst mit der von ihm geplanten Justizreform. Zweifellos sieht er auch all diese Mängel seines Entwurfs. Traurig, daß er dem Reichsrat keinen besseren Entwurf vorlegen konnte. Wenn nun erst dieser gewiß nicht volksfreundliche Reichsrat den Gesetzesvorschlag der Regierung prüft und abändert, wird er sicherlich nicht besseren Inhalts dem Reichstag zugehen. Es wird dann Sache unserer Fraktion sein, auf eine gründliche und vollständige Umgestaltung des unzulänglichen Gesetzentwurfs über die Neuorganisation der Strafgerichte hinzuwirken.

Saarländische Zeitungen in Elsaß-Lothringen verboten. Außer der „Saarbrücker Zeitung", „Saarbrücker Landeszeitung" und „Völklinger Nachrichten" ist jetzt auch die Verbreitung und der Verkauf der „Neunkircher Zeitung" durch Verordnung des Generalkommissariats in Elsaß-Lothringen verboten worden.

Die Einheitsfront der Nationalisten

In Pommern tagten kürzlich verschiedene politische, wirtschaftliche und andere Organisationen, um eine vaterländische Einheitsfront zu schaffen. Vertreten waren nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch die Deutsche Volkspartei. Nachträglich scheinen der Deutschen Volkspartei Bedenken gegen diese Einheitsfront aufgetaucht zu sein. Darum behandelte der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei Pommers in einer gemeinsamen Sitzung mit der Provinziallandtagsfraktion die Angelegenheit. Das Resultat war folgender Beschluß:

„Eine Einheitsfront ist nur im Kampf gegen äußere Feinde und gegen inneren Umsturz notwendig und möglich, und die Deutsche Volkspartei Pommerns wird im Ernstfalle einem Rufe nach ihr, ihrer vaterländischen Auffassung und Pflicht getreu, jederzeit Folge leisten. Eine Einheitsfront im innerpolitischen Streit ist unmöglich und der Versuch, sie zu bilden, aussichtslos und schädlich, weil er nur zur Verstärkung alter und Schaffung neuer Gegensätze führt. Die Deutsche Volkspartei Pommerns sieht eine Möglichkeit zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes nur in einer Entschärfung der Gegensätze, sie kann daher an der Bildung einer sogenannten vaterländischen Einheitsfront nach innen, wie sie in Pommern versucht wird, nicht mitwirken und fordert ihre Organisationen im Lande auf, entsprechend zu handeln."

Der Zweck der Uebung der Deutschen Volkspartei ist also ein doppelter. Gegen den „inneren Umsturz", d. h. gegen die Arbeiterklasse, wird die Stinnespartei jederzeit zu einer Einheitsfront mit den Deutschnationalen und mit irgend welchen anderen Organisationen bereit sein, weil ihr Haß gegen die Arbeiterklasse alle anderen Erwägungen zurückdrängt. Des weiteren schwebt der Deutschen Volkspartei die Schaffung eines neuen Burgfriedens vor — sie nennt es „Entschärfung der Gegensätze" —, bei dem die Arbeiterschaft ebenso unter den Schlitten käme, wie in den früheren burgfriedlichen Perioden.

Organisation C und „Neudeutscher Bund"

Die deutschnationale „Kreuzzeitung" veröffentlicht ein Schreiben des „Kaiserlichen Korvettenkapitäns a. D. Ehrhardt", worin bewiesen werden soll, daß der im März 1922 begründete „Neudeutsche Bund" keine Fortsetzung der Mörderorganisation C sei. Wenn es auch Tatsache sei, „daß die Führer des Neudeutschen Bundes, die mit mir jahrelang Leid und Freud, Kameradschaft und Gefahr geteilt hatten, diesen Bund so führen, wie es nach ihrer Ueberzeugung meinem Denken, Wollen und Empfinden entspricht, so sei Ehrhardt doch niemals Leiter des „Neudeutschen Bundes" gewesen. Weiter heißt es dann über den „Neudeutschen Bund":

„Der Neudeutsche Bund ist daher nicht einmal als tatsächlicher Nachfolger zu bezeichnen, geschweige denn als Rechtsnachfolger. Das äußerste, was man sagen könnte, wäre, daß der Neudeutsche Bund ein grundsätzlich anderes rechtliches (!!) Gebilde ist als die frühere Organisation C."

Die Monarchisten haben Pech mit ihren „Berichtigungen". Das, was sie aus der Welt schaffen wollen, bestätigen sie jedesmal. So auch Ehrhardt wieder. Denn sein ganzer Brief ist eine klassische Bestätigung dafür, daß der „Neudeutsche Bund" nichts weiter ist, als eine Firmenänderung der „Organisation C", der zwar „rechtlich grundsätzlich" anders dasteht, aber vollkommen „dem Denken, Wollen und Empfinden" Ehrhardts und damit der Organisation C entspricht. Was nur zu beweisen war!

Wie unserm alten System

Im früheren Obrigkeitsstaat herrschte ganz allgemein eine enge Verbindung zwischen den Amtsstellen und den Agrariern. Namentlich die Landratsämter und die Gemeindeämter sahen ihre Hauptaufgabe in der Wahrnehmung der Interessen unserer Junker, denen sie beim Steuerbetrug und auch in anderer Hinsicht jeden erdenklichen Vorschub leisteten. Ein Obrigkeitsstaat besteht zwar nicht mehr, aber nichtsdestoweniger besteht die Geistes- und Geschäftsgemeinschaft zwischen den nunmehr „republikanischen" Beamten und den Agrariern auch heute noch. So weiß der „Vorwärts" zu berichten, daß in Rummelsburg (Pommern) im Gerichtsgebäude (Zimmer 4) eine „Buchstelle des Reichslandbundes" sich befindet, die sich mit Steuerberatung und Einrichtung von landwirtschaftlichen Buchführungen beschäftigt. Die Telephonnummer dieser „Buchstelle des Reichslandbundes" ist die gleiche wie die des Gerichts, und das Zimmer Nr. 4, wo die Buchstelle untergebracht ist, ist die Amtsstube des Gerichtsschreibers, der nebenamtlich Bücherrevisor des Landbundes ist. Daß die von ihm ausgeübte „Steuerberatung" für den Staatssäckel vorteilhaft ist, wird selbst der Reichslandbund kaum zu behaupten wagen.

Ein zweiter Rosa-Luxemburg-Prozeß?

Auf Antrag des Staatsanwaltschaftsrates Ortmann ist das Verfahren gegen den von dem Verbrechen des Mordes an Rosa Luxemburg freigesprochenen Leutnant a. D. Krull jetzt wieder aufgenommen worden. An Stelle des verstorbenen Landgerichtsrats Leiden führt Landgerichtsrat Ebelt die Voruntersuchung, der gestern Termin zur Vernehmung des Krull und einer großen Reihe von Zeugen angesetzt hat. Die Neuaufnahme des Verfahrens ist bekanntlich herbeigeführt worden durch die Veröffentlichungen des „Vorwärts". Der Redakteur Kuttner hatte, wie seinerzeit mitgeteilt, am Tage vor dem Termin gegen Krull, in dem es sich um den Diebstahl der Uhr Rosa Luxemburgs handelte, den Vorsitzenden der betreffenden Strafkammer, Landgerichtsdirektor Dr. Dust antelephoniert und ihm mitgeteilt, daß der Jäger Runge bei ihm in der Redaktion gewesen sei und ausdrücklich behauptet habe, daß Krull den tödlichen Schuß auf Rosa Luxemburg abgegeben hätte. Er teilte dem Vorsitzenden ferner mit, daß noch am Abend ein Artikel im „Vorwärts" erscheinen würde und es bestände daher die Gefahr, daß Krull daraufhin flüchtig würde. Von Rechtsanwalt Bahn wurde seinerzeit gegen diese Hineinziehung der Mordsache in die Diebstahlsangelegenheit energisch protestiert. Dementsprechend wurde auch dieses Moment bei der Verhandlung ausgeschaltet. Die Zeugenvernehmungen werden sich sehr umfangreich gestalten, da fast sämtliche Zeugen, die seinerzeit schon in dem Rosa-Luxemburg-Prozeß vernommen wurden, wieder vorgeladen sind. Von dem Ausgang dieses Voruntersuchungsverfahrens wird es abhängen, ob nach den Gerichtsferien ein neuer Rosa-Luxemburg-Prozeß die Geschworenen des Landgerichts II beschäftigen wird.

Aus der Partei

Tagung der zentralen Körperschaften

Zum 25. August hat die Zentralleitung den Parteirat und die Kontrollkommission zu einer gemeinschaftlichen Sitzung einberufen, in der über den bevorstehenden Parteitag und die im Zusammenhang damit stehenden politischen Fragen beraten werden soll.

Höhere Beiträge!

Aus dem Büro der Zentralleitung der Partei wird uns geschrieben:

Angesichts der furchtbaren Wirkung des sinkenden Markwertes auf unser ganzes Wirtschaftsleben erwächst den Arbeiterorganisationen die Pflicht, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß die Arbeiter erhöhte Einnahmen an Lohn erhalten, um überhaupt existenzfähig zu bleiben.

Diese Pflicht ist aber damit nicht beendet, sondern auch alle Organisationen samt ihren Einrichtungen, Presse usw. brauchen erhöhte Einnahmen, um existenzfähig zu bleiben.

Aus diesem Grunde müssen sich allerorts die Orts-, Kreis- oder Bezirksleitungen mit der Beitragsfrage beschäftigen. Die Zentralleitung hat vor nicht allzulanger Zeit vorgeschlagen, bezirksweise

den Durchschnittslohn zu ermitteln

und diesen Betrag als Monatsbeitrag festzusetzen. Längst sind die Gewerkschaften dazu übergegangen und erheben einen Stundenlohn als Wochenbeitrag.

Wohl wissend, daß das alles mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, glaubt die Zentralleitung doch, den Mitgliedern wiederholt den Vorschlag machen zu müssen, einen Durchschnitts-Stundenlohn als Mindest-Monatsbeitrag für die Parteiorganisation zu erheben.

Zur Zeit entrichten die Bezirke 6 bis 16 Mark pro Monat, gleich 3 bis 8 Pf. Vorkriegszeitgeld.

Aus dieser Gegenüberstellung geht hervor, daß, um eine höhere Leistungsfähigkeit zu erzielen, der politischen Organisation ebenfalls höhere Beiträge zugeführt werden müssen.

Genossen, prüft und handelt, denn wer nehmen will, der gibt!

Breslauer Hauptmann-Festtage

Breslau, den 20. August.

Nicht viele von denen, die ihre tadellosen Smokings und seidenen Toiletten im Foyer spazieren führten, würden sich wohl in der Gebirgsdorfschenke neben einen Fuhrmann setzen. Möge er auch Henschel heißen und mit flehenden Augen in die rauchige Stube blicken, ob er nicht irgendwo einen Menschen fände, dem er seine Not klagen könne. Im Theater aber beguckt man sich so einen Kerl ganz gern und läßt sich von der Seelenqual, die den Athleten mit dem Kindersinn über die Schwelle des Todes peitscht, tief rühren. In der Tat: ergriffen waren sie alle. An dem nicht endenwollenden Beifall, darin sich die aufs höchste gesteigerte Spannung löste, merkte man es. Grundtief hat Gerhart Hauptmanns mitleidiges Auge den „Fuhrmann Henschel" geschaut. Man rede mir nichts von Naturalismus! Ich glaube, der weißhaarige Dichter mit der Goethestirn hat oft einem Fuhrmann die schwieligen Hände gedrückt. Der „Henschel", den Eduard von Winterstein uns vorlebte, wird unvergessen bleiben. Auch die Hanne Schäl, das lebensstarke, genußgierige, selbstsüchtige Blondweib der Lucie Höflich.

Treffliches bot diese Künstlerin auch als Rose Bernd. (Ein hohes Lob; denn sie ist in dieser Rolle Nachfolgerin der großen Else Lehmann.) Wie sie als starke, sinnenlustige Bauerndirne vor den Männern stand, doch nicht bestehen konnte: Ein Urweibchen, ein Luluchen nur — trotz ihrer strammen Körperlichkeit — die unsagbar an ihrem Geschlechte litt und . . . zugrunde ging; das war eine prachtvoll gerundete Leistung, die vor dem Können der Höflich Respekt einflößte. Nach ihr sind zu nennen: Herbert Hübner als Christoph und Ilka Grüning als Frau Flamm.

Als man eins der neuesten Werke Gerhart Hauptmanns, „Das Opfer", spielte — und der Vorhang sich gesenkt hatte, meinte ein Kritiker: „Tja . . . viel Lärm um nichts". Dieses Urteil (das eine Verurteilung ist) scheint nicht gerecht zu sein. Erstlich: Der „viele Lärm" war klanglich sehr fein abgewogen; zauberisch schwingt die Sprache des dramatischen Gedichtes ans Ohr. Und dann: „Um nichts"? Ich glaube, man hat zu dem „Opfer" noch nicht die richtige Einstellung gewonnen und ist deshalb schnell fertig mit dem Wort. Man versucht, in dem Werk nach letzten Weisheiten zu loten, aber das Senkblei faßt keinen Grund. Da beginnt das Schimpfen. Darauf, daß das „Opfer" gar kein Epilog sein könnte, daß es nicht das vorletzte und letzte Wort eines alten Dichters (Hoho: Gerhart Hauptmann und — alt!) wäre, darauf kommen nur wenige. Leider. Denn das Drama ist Erkenntnis und Bekenntnis von des Dichters eigenem Leben. Ein Durchgang, ein Sammeln — zu neuem Schaffen. Warten wir ab! Dennoch ist es notwendig, auf das Werk nachdrücklich hinzuweisen, da es seit seinem Erscheinen zu Anwürfen gegen den Dichter benutzt wird. Die Aufführung lag in den Händen von Künstlern des Dresdener Stadttheaters und wird ein Ruhmesblatt in der Geschichte dieser Kunststätte bleiben.

An der Seite Gerhart Hauptmanns huldigte man an zwei Abenden Deutschlands größter Schauspielerin: Else Lehmann. Die Mutter Wolffen in der Diebskomödie „Der Biberpelz" ist ihre Rolle. Seit Jahrzehnten schon. Wer sie einmal gesehen — es mögen Wochen, Monate, Jahre selbst vergehen — und er denkt einmal wieder an jene „Waschfrau": ihr Bild steht gleich vor ihm. Glutvoll lebendig. Die schlaue, ja gerissene (dabei äußerlich so ehrbare) stets fleißige, nur auf das Wohl der Ihren bedachte Mutter Wolffen. Das eben ist die große Kunst der Lehmann: Unter Ausnützung jeder Nuance in Bewegung und Sprache einen Menschen ganz zu erleben. Die anderen wuchsen an dieser Großen: Wilhelm Diegelmann als ihr Mann, Julius Wolff, Julius Arnfeld als Schiffer Wulkow und Jannings als Amtsvorsteher und kriechender Streber Wehrhahn.

In der Gemeinschaftstragödie „Einsame Menschen" stand die Mama Vockerat der Else Lehmann als prächtige, in sich gefestigte mütterliche Frau inmitten einer angekränkelten, nervösen Welt; inmitten notgehetzter Menschenkinder, die „immer sterbend sich bemühn", doch noch nicht erlöst wurden. Schade, daß der Dichter der Aufführung nicht beiwohnte. Er hätte in seiner liebwerten, leisen Art den Darstellern, der Bergner, Paul Mederow, der Lehmann besonders dankend gewinkt.

Nun gehe ich zum letzten Male an diesen Hauptmann-Tagen ins Theater. Zu einem Feste. Sie spielen „Hanneles Himmelfahrt". Moissi ist gekommen. Eine halbe Stunde Zeit bleibt noch. Ich will still im dunkelnden Zimmer sitzen und ganz ruhig werden. Will mich sammeln für dieses schönste, sehnsüchtigste aller Traumspiele.

Bernd Stanner.

*

Im Berliner Stadttheater ging Sonnabend Abend vor ausverkauftem Haus Gerhart Hauptmanns Traumspiel „Hanneles Himmelfahrt" in Szene. Unter Viktor Barnowskys Spielleitung kam eine dem poetischen Werk durchaus würdige Aufführung zustande. Alexander Moissi als Lehrer Gottwald und Elisabeth Bergner als Hannele wurden vom Publikum begeistert gefeiert. Auch die vielen kleinen Rollen waren durchweg gut besetzt. Das Lobe-Theater brachte das Glashüttenmärchen „Und Pippa tanzt". Die Spielleitung hatte Karlheinz Martin an Stelle von Gerhart Hauptmann, der Breslau bereits verlassen hat. Herbert Thimig gab den Träumer Michel Hellriegel, Hans Marr den alten Glasbläser Huhn, Ludwig Wüllner den mythischen Wann, Roma Bahn das „Fünklein" Pippa, Stifter den Glashüttendirektor. Die treffliche Aufführung ließ den Zauber des einsamen schlesischen Gebirgskammes in der Winternacht lebendig werden. Reicher Beifall lohnte die erlesene Künstlerschar.

Auffindung eines altgermanischen Bootes. Bei den Ausgrabungen, die jetzt von den Dänen unter der Leitung des Kustos des Kopenhagener Nationalmuseums, Rosenberg, auf der Insel Alsen vorgenommen werden, hat man kürzlich ein Boot ans Licht gebracht, das noch der Metallzeit angehört. Der schwedische Archäologe Lindequist und ein holländischer Kollege, Dr. van Stein-Callenfels, die Gelegenheit hatten, das Boot zu besichtigen, erklären, daß es das älteste Schiff seiner Art sei, das bekannt ist. Ein großer Teil des Fahrzeuges ist bereits freigelegt. Dabei hat man eine beträchtliche Zahl verschiedener Gegenstände aus prähistorischer Zeit, wie Speerspitzen aus Eisen und Knochen, Schilde, das Bruchstück eines Kettenpanzers und Keulen gefunden. Das Boot stammt vermutlich aus dem Anfang des 2. Jahrhunderts und ist leider durch Torfstecher beschädigt worden. Man hofft, mit der vollständigen Freilegung in den nächsten Wochen fertig zu sein. Ein altgermanisches Ruderboot, das seinerzeit im Sundewitt im Nydamer Moor gefunden worden ist, rechnet man dem 3. Jahrhundert nach Chr. zu. Es enthielt römische Kriegerbeute aus dem 2. und 3. Jahrhundert.

ml.

Tagesnotizen

Gastspiel des Petersburger Staatstheaters. Nach Berlin ist die Truppe des Petersburger Staatstheaters des vormaligen Alexandrinen-Theaters gekommen und begann am 18. August seine Gastspiele im Apollo-Theater. Das Repertoire der Gastspiele besteht aus Dramen, welche den größten Erfolg der letzten Jahre im Alexandrinen-Theater geerntet hatten: „Professor Storizin" von Leonid Andreew, „Tarelkins Tod", „Die Heirat Kretschinskis" von Suchowo-Kobilin und andere.

Die Große Volksoper verpflichtete für die Spielzeit im Theater des Westens Luch Kiesehausen zum nochmaligen Auftreten und gleichzeitig für die Einstudierung des Balletts, und zwar in der Oper Samson und Dalila, welche erstmalig am 9. September unter musikalischer Leitung von Dr. Prätorius zur Aufführung gelangt. Spielleitung: Alexander d'Arnals.

Protestversammlungen gegen die Moskauer Blutjustiz

Die Sprengkolonnen der Kommunisten — Pogrom und Terror gegen die eigenen Klassengenossen

Wir haben in den schweren Jahren seit der November-Revolution gewiß schon manche tieftraurige Stunde für die Arbeiterbewegung erleben müssen. Das, was wir gestern in einer der Protestversammlungen mit ansehen mußten, gehört sicher mit zu den traurigsten Ereignissen. Fanatisierte, in Pogromstimmung hineingehetzte Arbeiter, die, ohne zu wissen, worum es sich handelt, im Faustkampf gegen die eigenen Klassengenossen sich selbst und der Arbeiterbewegung zu dienen glauben. Die Führer der KPD., die aus allen Bezirken Berlins wohl organisiert die Stoßtrupps in die vier Versammlungen geführt hatten, wußten wohl, warum sie diese äußerste Kraftanstrengung leisten. Sie sind für die Unterdrücker der Moskauer und Petersburger Arbeiter nur solange wertvoll, wie sie die Schande der antiproletarischen Politik der Bolschewiki vor deutschen Arbeitern in revolutionäre Heldentaten umlügen können. Wer sie kennt, wird für sie nur die Verachtung haben, die diese Stipendiaten verdienen. Das Tieftraurige ist der Fanatismus und die Pogromstimmung, die von ihnen in einem kleinen Teil der Arbeiterschaft heute noch erzeugt werden kann. Wir wissen, daß auch diese Aufpeitschung ihren Höhepunkt überschreiten wird. Aber die Folge dieser Mißleitung kann nur Indifferenz und Abkehr von der lebendigen, bewußt sozialistischen Arbeit sein. Die Stimme des Sozialismus kann man vielleicht in Rußland durch blutige Unterdrückung oder in Deutschland in einer einzelnen Volksversammlung durch organisierte Weddingkolonnen auszuschalten versuchen. Die Arbeiterbewegung wird auch diese Schädlinge überwinden. Sie wird es trotz dieser kommunistischen Demagogie, trotz dieser Zerstörungsarbeit, an der die Bourgeoisie ihre helle Freude hat, sehr bald in größerer Geschlossenheit und Klarheit dahin bringen, daß diese Schreier sich gerade so ausgetobt haben werden, wie das Häuflein der KPD.-Leute.

In den Germaniasälen

in der Chausseestraße sollten die Genossen Rosenfeld und Ströbel sprechen. Da den Kommunisten offenbar ganz besonders daran lag, daß die Berliner Proletarier nicht Gelegenheit bekamen, aus dem Munde des Genossen Rosenfeld, der die angeklagten Sozial-Revolutionäre in Moskau verteidigt hat, die Wahrheit über die Moskauer Justiz zu hören, begannen sie bereits um 6 Uhr mit Stoßtrupps den Saal zu besetzen. Als dann zur angesetzten Stunde die Arbeiter in Massen kamen, war der Saal bald so überfüllt, daß das Haus gesperrt werden mußte. Vor Beginn der Versammlung wurde auf Antrag eines Kommunisten fast einstimmig beschlossen, einem kommunistischen Korreferenten eine Stunde Redezeit zu gewähren.

Als von kommunistischer Seite beantragt wurde, ein Anhänger und ein Gegner der russischen Regierung sollten abwechselnd zu Worte kommen, lehnte Genosse Rosenfeld das mit der Erklärung ab, er habe niemals die russische Regierung bekämpft, sondern er kämpfe lediglich gegen die russische Blutjustiz. Hier bereits gaben die Anführer der kommunistischen Sprengkolonne das Zeichen zum Lärm. Genosse Rosenfeld begann dann seinen Bericht über den Moskauer Prozeß und es machte sichtlich tiefen Eindruck, auch auf die kommunistischen Zuhörer, als er darlegte, daß die sozialistischen Verteidiger die Genossen Rosenfeld, Liebknecht und Vandervelde vor Beginn des Prozesses erklärt haben, Verbrechen wie Attentate auf Lenin, die Anwendung von vergifteten Geschossen nicht verteidigen zu wollen. Auf die Frage, ob die Angeklagten an derartigen Taten beteiligt gewesen seien, gaben wohl einige Angeklagte diese Verbrechen offen zu, sie aber wurden keineswegs verteidigt, von Rosenfeld, Liebknecht und Vandervelde, sondern von Bucharin und anderen russischen Kommunisten.

Diese Verbrecher nämlich waren mittlerweile zur Regierungspartei übergelaufen und lieferten den Bolschewisten die Verleumdungen, die das Anklagematerial gegen die Führer der sozialrevolutionären Partei bildeten. Die angeklagten Sozialrevolutionäre gaben ihren Verteidigern die Erklärung ab, daß sie gar nicht daran denken, die Sowjetregierung mit Waffengewalt zu bekämpfen. Die Erklärung, die auch mehrmals vor der Oeffentlichkeit im Prozeß selbst wiederholt wurde, ist von der kommunistischen Presse unterschlagen worden, weil damit das Moskauer Bluturteil für jeden Menschen vollends als eine unverständliche Bestialität erscheinen muß. Der tiefe Eindruck, den die Ausführungen des Genossen Rosenfeld auch auf die kommunistischen Zuhörer machte, die monatelang von der „Roten Fahne" mit Lügen über die Sozialrevolutionäre und die Vorgänge des Moskauer Prozesses irregeführt und verhetzt worden waren, schien bereits die Absicht der kommunistischen Führer, unter allen Umständen die Protestkundgebung des Berliner Proletariats nicht zustande kommen zu lassen, ernstlich zu gefährden.

Als Genosse Rosenfeld von der heldenhaften Verteidigung der Angeklagten sprach, die jahrelang in den Gefängnissen des Zarismus geschmachtet haben und nunmehr dem Tode ohne Wanken und ohne Ausweichen ins Auge sehen, gaben die Kommunisten wieder das Signal zum Lärm. Der gut organisierte Krach schwoll an, als Gen. Rosenfeld berichtete, daß die Bolschewisten vor Beginn des Prozesses das Abkommen der Berliner internationalen Konferenz für null und nichtig erklärten. Da dieses Abkommen die Grundlage der Tätigkeit unserer Genossen als Verteidiger bildete, war die Verteidigung der Angeklagten bereits hiermit gefährdet. Die bolschewistische Regierung suchte den Aufenthalt unserer Genossen in Moskau durch die Berechnung unerhörter Preise für ihren Unterhalt, die sich insgesamt auf eine Million Mark für 6 Tage beliefen, unmöglich zu machen. Aber erst, als die Tätigkeit der Verteidiger durch die bolschewistische Gerichtspraxis völlig illusorisch wurde, reisten die Verteidiger im Einverständnis mit den Angeklagten ab. Der Lärm der kommunistischen Schreier war mittlerweile so angeschwollen, daß Genosse Rosenfeld minutenlang am Sprechen verhindert war.

Das Todesurteil kennzeichnete Rosenfeld als eine Entmenschtheit, für die man keine Worte finden kann. Die Taten, wegen denen die Angeklagten verurteilt wurden, sind geschehen, während sie selbst im Gefängnis saßen. Daß das Todesurteil vollstreckt werden soll, wenn die Bolschewisten neue „sozialrevolutionäre Verbrechen" entdecken, ist eine Methode, die ohne Beispiel in der Justiz dasteht. Keine bürgerliche Regierung bedient sich in so barbarischer Weise des Geißelsystems, und noch niemals hat der Reichspräsident Ebert die Vollstreckung eines Todesurteils von solchen Bedingungen abhängig gemacht. Nunmehr waren die Kommunisten entschlossen, den Redner nicht zu Ende sprechen zu lassen. Von allen Ecken schrien die verteilten Stoßtrupps unaufhörlich den Namen „Noske", und als Genosse Rosenfeld erklärte, daß er, der stets den Noske-Kurs scharf bekämpft habe, dennoch feststellen müsse, daß nie die Vollstreckung von Todesurteilen von so die Verurteilten quälenden Bedingungen abhängig gemacht worden sei, stürmten die Kommunisten Pieck und Dörr mit einem Trupp auf die Rednertribüne, und der Lärm wurde so ohrenbetäubend und anhaltend, daß an eine Weiterführung der Versammlung nicht zu denken war. Der Vorsitzende erklärte die Versammlung für geschlossen, unsere Genossen räumten das Lokal und ließen die kommunistischen Sprengkolonnen unter sich.

Beim Verlassen des Lokales wurden unsere Genossen beschimpft und bedroht; dabei taten sich Frauen ganz besonders hervor.

In Kliems Festsälen, Hasenheide

sollten die Genossen A. Stein und Kuttner referieren. Schon vor 6 Uhr hatten die Kommunisten die aus allen Bezirken des Südens und Westens angerückt waren, fast den ganzen Saal besetzt. Genosse Stein wurde in seinem Referat oft viertelstundenlang durch Johlen, Pfeifen, Zurufe, Gesang der Internationale und andere Lieder unterbrochen. Heckert und König von der KPD. leiteten diese revolutionären Exerzitien. Als nach Stein Gen. Kuttner von der SPD. das Wort ergreifen wollte, steigerte sich der Lärm derartig, daß eine Weiterführung unmöglich wurde. Unsere Genossen verließen in dichten Reihen den Saal und ließen die Kommunisten unter sich. Bezeichnend für den echt sozialistischen Geist waren die Weddingkolonnen, die Kuttner beim Ausgang tätlich anzugreifen suchten, so daß er von Arbeitern gegen Arbeiter geschützt werden mußte! Moskau kann triumphieren! Wieder einen Sieg erfochten!

Genosse Stein begann damit, daß der Moskauer Prozeß mit Recht die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterbewegung auf sich gezogen habe, denn es handle sich hier um einen Akt in dem großen Drama der russischen Revolution, der von größtem Einfluß auf den weiteren Verlauf der Entwicklung sein wird. Entgegen den Berliner Vereinbarungen, wonach kein Todesurteil gefällt werden soll, hat das Moskauer Tribunal die Führer der sozialrevolutionären Partei, die seit einigen Jahren im Gefängnis sitzen, zum Tode verurteilt. Das Todesurteil soll vollstreckt werden, sobald ihre Partei irgendwelche Aktionen gegen Sowjetrußland unternimmt. Es ist nicht nur ein Akt der Barbarei, ein Bruch der Vereinbarungen, sondern die Etablierung eines scheußlichen Geißelsystems. Die gefangenen Sozialrevolutionäre haben den Gewalthabern nicht den Gefallen getan, Reue zu heucheln, um ihr Leben zu retten. Das Gericht konnte ihnen nicht eine strafbare Handlung nachweisen.

Die Angeklagten, die in Wirklichkeit die Attentate begangen haben und später die Rolle von Lockspitzeln und Renegaten spielten, wurden freigesprochen und sind heute ehrenwerte und würdige Mitglieder der kommunistischen Internationale. Die angeklagten Mitglieder des Zentralkomitees haben fortgesetzt aus dem Gefängnis gegen die abenteuerlichen, zweifelhaften Elemente auf dem rechten Flügel ihrer Partei protestiert, sie haben den Standpunkt vertreten, daß sich die Partei in Reih und Glied mit dem internationalen Proletariat stellen müsse, sie haben jeden bewaffneten Kampf gegen die Sowjetregierung abgelehnt und sich bereit erklärt, ebenso wie der 9. und 10. Parteitag als legale Opposition auf dem Boden der Sowjetverfassung zu wirken. Wichtig ist, daß nicht allein die SR. gehetzt und verfolgt werden, sondern auch die Sozialdemokraten, die sich bemühen, das zersplitterte Proletariat zusammenzufassen, den Klassenkampf neu zu beleben und dem wiedererstehenden Kapitalismus Widerstand zu leisten.

Noch vor wenigen Tagen hat Sinojew erklärt, man müsse die Verfolgung der SR. und der Menschewisten in verstärktem Maße fortsetzen. Das ist der Geist, der in Rußland die Politik bestimmt, das ist aber auch der Geist der in dem barbarischen Moskauer Urteil zum Ausdruck kommt. Jeder ehrliche Proletarier muß vor Scham erröten, wenn er dieses Urteil und die gesamte Politik der russischen Kommunisten kennenlernt. Wenn wir gegen dieses Urteil und diesen Terror Protest erheben, so tun wir das nicht nur aus Solidarität, auch nicht allein im Namen der Humanität, sondern auch im Interesse der russischen Revolution, die nur gerettet werden kann, wenn eine Einigung der sozialistischen Kräfte herbeigeführt wird, um gemeinsam den Aufbau der zerstörten Wirtschaft Räterußlands vorzunehmen, und um sich gegen den neuen Kapitalismus zusammen zu schließen.

Stadttheater Alt-Moabit

Die Versammlung ist **vorzeitig geschlossen** worden, da es den beiden Referenten Gen. Dr. Ad. Braun (SPD.) und Otto Meier (USP.) nicht möglich war, sich infolge der Opposition der Kommunisten durchzusetzen. Da der Lärm nicht nachließ, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen. Die Kommunisten hatten lange vor Beginn der Versammlung die Hälfte des Saales vor dem Rednerpult und die Bühne selbst besetzt. Zum Schluß wurde **Genosse Otto Meier noch tätlich angegriffen.** Der in der Versammlung anwesende Genosse Abramowicz wurde von dem Landtagsabgeordneten Katz als „Mörder" beschimpft. Die Versammlung ist vollkommen gesprengt worden.

In der Viehhofbörse

waren ebenfalls die Kommunisten seit 6 Uhr mobilisiert und auf dem Plan. Gen. Moses konnte nur mit äußerster Mühe sein Referat zu Ende halten. Remmele von der KPD. verherrlichte Moskaus Blutjustiz. Es wurde eine Resolution gegen das Verbot der „Roten Fahne" und für die Tschutelamethoden angenommen.

Gegen das Moskauer Urteil

(R.P.) **Reval**, 21. August. Hiesige sozialrevolutionäre Kreise haben aus Petersburg die Nachricht bekommen, daß dort die Metallarbeiter sich gegen das Urteil des Moskauer Revolutionstribunals gewandt haben. In einem Schreiben an die Metallgewerkschaft verlangen sie von dieser, daß sie bei dem Allrussischen Zentralkomitee die Ausweisung der zum Tode verurteilten Sozialisten-Revolutionäre nach dem Auslande erwirken soll. Diese Forderung wird in sozialrevolutionären Kreisen als Symptom eines Umschwunges der Gesinnung der Petersburger Metallarbeiter angesehen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die Forderung von der Sowjetregierung erfüllt werden wird.

(S.-R.) **Brüssel**, 21. August. Die Welle des Protestes gegen das Moskauer Urteil nimmt einen immer größeren Umfang an. Bisher haben aus Belgien folgende Arbeiterorganisationen Protesttelegramme nach Moskau gesandt: 1. der Genossenschaftsverband von Liège im Namen von 65 000 Arbeiterfamilien, 2. der Sozialistische Unterstützungsverband im Namen von 360 000 Arbeitern, 3. die Sozialistische Federation von Namur, 4. der Zentralverband der Belgischen Glasarbeiter, 5. der Genossenschaftsverband der Arbeiter von Charleroi.

(S.-R.) **Paris**, 21. August. Die Sozialistische Partei Frankreichs hat folgendes Telegramm nach Moskau gesandt: „Das Zentralkomitee der Sozialistischen Partei Frankreichs, die Sozialistische Parlamentsgruppe und das Exekutiv-Komitee der Sozialistischen Seine-Federation protestieren voll Entrüstung gegen das Urteil des Obersten Tribunals im Prozeß der Sozialrevolutionäre. Sie verurteilen mit aller Entschiedenheit die Einführung des abscheulichen Geiselsystems, das darin besteht, daß das Leben der Verurteilten von den Handlungen und Erklärungen anderer Personen oder von den Aktionen von Lockspitzeln abhängig gemacht wird. Sie erklären, daß die Aufrechterhaltung dieses Urteils die moralische Blokade der verantwortlichen Regierung durch die Sozialisten und Revolutionäre der ganzen Welt einleiten würde. Gez. Paul Faure."

(S.R.) **Riga**, 20. August. Die Arbeiter der Petersburger Metallwerke haben sich durch ihre Gewerkschaft an das Präsidium des Allrussischen Zentralen Exekutiv-Komitees mit dem Ersuchen gewandt, das Urteil des Moskauer Revolutionstribunals gegen die Sozialrevolutionäre zu revidieren und an die Stelle der bedingten Erschießung die Ausweisung der Verurteilten aus Sowjetrußland zu setzen. In ihrem Gesuch weisen die Arbeiter darauf hin, daß der von der Sowjetregierung veröffentlichte Beschluß des Zentralen Exekutiv-Komitees nicht von einer Regierung ausgehen könne, die sich als Arbeiter- und Bauernregierung bezeichne und im Namen des russischen Proletariats auftritt. Die Regierung dürfe ihre Rache nicht gegen Sozialisten und Freiheitskämpfer richten. Das russische Volk wünscht nicht, daß das Weltproletariat die russische Arbeiterklasse nach den Handlungen ihrer Regierung beurteile.

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei

Nach Schätzungen des Präsidenten einer der größten tschechischen Banken gibt es gegenwärtig in der Tschechoslowakei 380 000 Arbeitslose. Mit den Angehörigen dürfte die Zahl der erwerbslosen Proletarier mehr als eine Million betragen. Die Tschechoslowakei besitzt eine Bevölkerung von 13 Millionen. Mit ihrer Arbeitslosenzahl steht sie auf dem europäischen Festlande zweifellos an der Spitze. Zu beachten ist auch, daß in der Tschechoslowakei weitere große Arbeitermassen mit verkürzten Schichten arbeiten oder wöchentlich bis zu drei Tagen aussetzen müssen. Der unverheiratete Arbeiter erhält wöchentlich 48 Kronen als Erwerbslosenunterstützung, der verheiratete im Höchstfalle 108 Kronen. Eine Aussicht auf Beendigung der Wirtschaftskrise ist nicht vorhanden; das Elend ist entsetzlich.

Litauen und das Memelgebiet

Die litauische Regierung hat den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans ihre Genugtuung ausgesprochen, daß die Botschafterkonferenz die litauische Regierung de jure anerkannte. Sie sprach unter Anerkennung des Statuts über die internationalen Wasserstraßen ihre Bereitwilligkeit aus, die Bestimmungen des Versailler Vertrages, soweit sie sich auf die Schiffahrt auf der Memel beziehen, zu respektieren. Sobald Polen, „das ungeachtet seiner feierlichen Versprechungen einen Teil des litauischen Gebietes besetzt hält", Litauen durch Bestätigung seiner Unterschrift die Möglichkeit geben werde, gegenseitige freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen und die freie Schiffahrt auf der Memel zu eröffnen, werde Litauen die Bestimmungen realisieren. Sie hofft im übrigen, daß die Alliierten und Amerika sämtliche Rechte und Titel auf das Memelgebiet Litauen übertragen werden.

Was der „Temps" erfahren hat

(EE.) **Paris**, 22. August. Aus Berlin wird dem „Temps" gemeldet: Die Verhandlungen zwischen den Delegierten der Reparationskommission und der deutschen Regierung werden kurz sein. Sie werden Donnerstag oder spätestens Freitag abgeschlossen werden. Die Delegierten der Reparationskommission werden als Pfänder für das Moratorium die Staatsbergwerke im Ruhrgebiet und die dem „deutschen Staat" gehörigen Waldungen auf dem linken Rheinufer fordern. Von der Goldmilliarde der Reichsbank ist keine Rede. Diese Abordnung soll einen Bruch vermeiden, der durch die interalliierten Verhandlungen der Reparationsfrage herbeigeführt werden könnte.

Die deutsche Regierung hat eingesehen, daß die Forderungen der Reparationskommission ein Minimum darstellen, von dem nichts abgehandelt werden dürfe. Wenn Deutschland diese Forderungen ablehnte, würde die französische Regierung sofort energisch vorgehen. Vielleicht wird Deutschland heute nachmittag andere Pfänder vorschlagen. Diese könnten aber nur in Erwägung gezogen werden, wenn sie gleichwertige Garantien darstellten.

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission

Am gestrigen Nachmittag haben wiederum Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und dem Staatssekretär a. D. Bergmann einerseits und den Vertretern der Reparationskommission Bradbury und Mauclere andererseits stattgefunden. Wie nach jeder derartigen Besprechung im engen Kreis ist dann dem Reichskanzler berichtet worden, und es haben sich die einzelnen Ressorts mit den aufgeworfenen Fragen wiederum beschäftigt. Ein Ende der sehr eingehenden Verhandlungen ist noch gar nicht abzusehen.

Teuerungskrawalle in Oberschlesien

(W.T.B.) **Kattowitz**, 22. August. Gestern abend kam es hier wegen der zunehmenden Teuerung zu Ruhestörungen. In den späten Abendstunden wurde eine Anzahl Läden geplündert, die Waren wurden auf die Straße geworfen und fortgeführt. Die Juden wurden von der Menge verfolgt und verprügelt. Ein starkes Polizeiaufgebot stellte schließlich die Ruhe wieder her.

Einberufung des 10. Allrussischen Sowjetkongresses. Das Präsidium des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees hat beschlossen, den Zehnten Allrussischen Sowjetkongreß zu Ende Dezember nach Moskau einzuberufen.

1 Dollar = 1300 Mark

Die „Chemnitzer Volksstimme" zum Ausschluß von Lentsch

Dem nun aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossenen Lentsch schreibt die „Chemnitzer Volksstimme" folgende Abschiedsworte:

„Damit ist endlich einem widerlichen Skandal ein Ende bereitet, und die Partei hat bekundet, daß sie nicht daran denkt, sich von innen aushöhlen zu lassen. Wir wollen dem früheren Ueberradikalen und heutigen Stinnes-Mann Lentsch gar keinen Vorwurf machen, der Mann ist uns im Gegenteil sehr gleichgültig. Er konnte uns nur nicht gleichgültig sein, so lange er sich zu unseren Reihen zählte und in den Spalten des Stinnesorgans die Sache des Sozialismus bekämpfte. Dieser Kampf nahm gerade in den letzten Wochen Formen an, die mehr einer Verhöhnung der Partei gleichkamen. Die Tatsache, daß Stinnes so fest hinter Lentsch steht, daß er alle übrigen volksparteilich ausgerichteten Redakteure der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" über die Klinge springen ließ, beweist uns nur, welchen großen Wert Stinnes auf sein Sprachrohr Lentsch legte."

Drachensaat

Auf dem vor kurzem stattgefundenen Verbandstage des Reichsverbandes deutscher Kolonial- und Lebensmittelhändler hielt der Bürgermeister a. D. Dr. Eberle-Dresden ein Referat über Individualwirtschaft und Wiederaufbau. Dabei hat er nach dem Bericht des Verbandsorgans der genannten Vereinigung erklärt:

„Nach der Revolution hat die neue Regierung dem Volk gesagt: Ihr habt bloß halb soviel zu arbeiten und werdet dafür doppelte Löhne erhalten." Die Arbeit ist um 50 Prozent gekürzt, aber dafür wurde in der Weise bezahlt, daß die Mark bloß 50 Pfg. wert war. Das ist die Wahrheit über unsere Währung. Es wurden Noten ohne Deckung ausgegeben. Die Wahrheit und Sittlichkeit verlangt, daß das gesunddenkende deutsche Volk gesagt hätte: Wir bringen die Reichsregierung, die Noten druckt und Schuldversprechungen gibt, für die sie keine Deckung hat, wegen Falschmünzerei ins Zuchthaus. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wie kommt es denn, daß das Ausland, das nach dem Friedensschluß noch Vertrauen zu uns hatte, jetzt unsere Mark so gering bewertet? ... Im Innern hat der Kampf zwischen Sozialismus und Bürgertum Formen angenommen, daß man denken könnte, wir hätten keine Sorge mehr um das Brot unserer Kinder, sondern darum, wer in die Ministersessel kommt." (Beifall.)

Ob diese Rede mehr von grenzenloser Dummheit oder von grenzenloser Niedertracht diktiert, ist wohl schwer zu bestimmen. Wahrscheinlich dürfte sie beiden Eigenschaften entsprungen sein.

Zwei Jahre Mord

Die „Kreuzzeitung" beschäftigt sich in einem überlangen Artikel mit der im Verlage „Neues Vaterland" in Berlin in Neuauflage erschienenen Broschüre des Dr. Gumbel „Zwei Jahre Mord". Daß die in dem Buche vorgenommene Zusammenstellung der Mordtaten von rechts dem deutschnationalen Blatt sehr unangenehm ist, ist begreiflich. Um gegen Gumbel polemisieren zu können, muß die „Kreuzzeitung" über Verschiedenes einfach hinweglesen. Erst so kann sie ihm den Vorwurf machen, er lasse Beamte, die von links ermordet wurden „im Kampfe fallen", während er andernfalls von Morden von rechts spreche. Wir möchten hier nur feststellen, daß Gumbel in seinem Buch zwischen Mordtaten und Kampfhandlungen sehr gewissenhaft unterscheidet. Wenn er diesen Unterschied nicht machen würde, käme er nicht zu 345, sondern zu einigen tausend Personen, die durch die Rechtsseite getötet wurden, während andererseits die Zahl nur wenig anschwellen würde. Die „Kreuzzeitung" bemüht sich, Gumbels Behauptungen mit Zeitungszitaten und Scheingründen zu widerlegen. So soll noch ihr Gumbels Darstellung von der Ermordung Landauers unwahr sein, weil die „Münchener Neue Zeitung" wegen ihres Berichts vom Landauermord unter Vorzensur gestellt worden sei. Das Oberkommando habe auch sofort einen Gegenbericht gegeben, in dem ausgeführt wurde, die Tatzeugen des Landauermordes hätten die von der „Münchener Neuen Zeitung" wiedergegebenen Einzelheiten nicht gesehen. — Die Verhängung der Vorzensur über die „Münchener Neue Zeitung" beweist doch höchstens, daß die Bekanntgabe der Einzelheiten dem Oberkommando unangenehm war. Und wenn die Soldaten von den Einzelheiten nichts gesehen haben wollen, können sie trotzdem wahr sein. Dies „Nichtswissenwollen" ist ja sehr erklärlich, weil die Soldaten der Tat verdächtig waren und die Einleitung eines Verfahrens fürchten mußten. Statt mit Ausdrücken wie „Hetzzwecken" und „Tendenzschicht" umherzuwerfen, sollte die „Kreuzzeitung" lieber von den vielen durch deutschnationale Parteigänger begangenen Bestialitäten abrücken oder wenn sie das nicht vermag, wenigstens soviel Scham besitzen, zu schweigen.

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, den 23. August.

5. Verwaltungsbezirk, 17. Distrikt. Abends ½8 Uhr Elternversammlung in der Aula, Eckertstr. 16. Tagesordnung: Protest gegen die Belegung von Schulklassen in unserer Schule durch die Kriegsfürsorge und die dadurch hervorgerufenen Mißstände und Gefahren für unsere Kinder. Vortrag des Herrn Lehrer Michaelis über „Aus der Praxis unserer Versuchsklasse". Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Donnerstag, den 24. August

14. Distrikt. Abends 8 Uhr bei Voigt, Belforter Str. 21, Sitzung der Frauen- und Kinderschutzkommission. Erscheinen aller Helferinnen notwendig.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und kommunistischer Elternbeiräte des 12. Verwaltungsbezirks. Abends ½8 Uhr findet eine wichtige Sitzung der Arbeitsgemeinschaft in der Oberrealschule, Steglitz, Elisenstraße, statt.

Schöneberg-Friedenau. Abends 5 Uhr Funktionärsitzung bei Baum, Apostel-Paulus-Str. 33. Kleistertöpfe und Pinsel zum Plakatekleben mitbringen.

Freitag, den 25. August

Lichtenberg Stadt und Land. Abends 7 Uhr Vollversammlung der Kommunalen Kommission im Rathaus, Möllendorffstr. 6, Zimmer 25. Tagesordnung: Vortrag der Genossin Dr. Wehl über „Jugendpflege". Es wird ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Vereinskalender

Donnerstag, den 24. August.

Afa-Mitglieder, chemische Industrie. Abends ½7 Uhr, im großen Saal des „Nordischen Hofes", Berlin N. 4, Invalidenstr. 126, Versammlung.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter, Wellpappbranche. Nachmittags 4½ Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, Branchenversammlung. Tagesordnung: Bericht von den Weimarer Verhandlungen.

Deutscher Transportarbeiterverband (Glas- und Teppichreinigungsbranche). Betriebsräte und Obleute! Nachmittags 5 Uhr Versammlung bei Königk, Inselstraße, Ecke Wassergasse. — **Buchdruckereien.** Abends 5 Uhr in der Schulaula, Stallschreiberstr. 56a, Gruppenversammlung. Bericht von der Lohnverhandlung.

Deutscher Holzarbeiterverband (Musikinstrumentenarbeiter!) Die Funktionäre der Musikinstrumentenbranche haben am Donnerstag, den 24. d. M., nachmittags 5 Uhr, Versammlung im Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147.

Freitag, den 25. August

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter. Abends 7 Uhr Branchenversammlung der Gruppe Gemeindearbeiter, im Restaurant Schulz, Berlin, Elisabethstraße 30.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: i. V.: Gustav Kainsch, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 6½ Uhr Zum 1. Male: „Siegfried"

Deutsches Theater 8 Uhr: Das Glas Wasser.

Kammerspiele 7½ Uhr D. Raub der Sabinerinnen

Großes Schauspielhaus 8 Uhr Orpheus i. d. Unterwelt

Theater in der Königgrätzer Str. 8 Uhr: Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler.

Komödienhaus Tägl. 8 U. „Gretchen"

Berliner Theater 7.45 Uhr Letzter Monat Madame Flirt

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr Verliebte Leute

Rotter-Bühnen Täglich 8 Uhr:

Residenz-Theater Fedora

Trianon-Theater Femina

Kleines Theater Totentanz

Walhalla-Theater 7½ Uhr Er und seine Schwester

Kasino-Theater. Die Berliner Posse Lämmelmanns Bummelfahrt.

Theater des Ostens 7½ Uhr: So leben wir

Theater am Kottbuser Tor Jed. Abend 7½ Uhr: Elite-Sänger Volkspreise!

Färberei Nord-West reinigt u. färbt in 3—5 Tagen Expreß in 24 Stunden. Fabrik-Annahme Alt-Moabit 60 Telefon: Hansa 1075 Annahmestellen: Schönh. Allee 176 Gotzkowskystr. 13 Augsburger Str. 32 Uhlandstr. 74 Gneiststr. 12 Führiner Straße 22 Eisenacher Straße 89

Meine Herren! Einen wirklich guten Anzug, Mantel oder Hose kaufen Sie zu weit rückständigen Preisen. Große Auswahl, Gelegenheiten der Bekleidungsindustrie. Alexandrinenstraße 116, Hochbahnstation Prinzenstraße. Fahrtvergütung.

Alle Seifenhändler decken ihren Bedarf in Toilettenseifen, la Kernseifen, Seifenpulver usw. im Seifenlager Emerich A. Salgo, N 54, Lothringer Straße 38, Hof Fernsprecher: Norden 1876.

-|- HOMÖOPATH -|- Institut (1908). Erfolgreiche giftfreie Kur ohne Einspritzungen. Spezialist. Haut-, Harn-, Prostata und Frauenleiden Sprechstunde 10—1, 4—7 Sonntags 10—1 Uhr Kriese, Berlin-Hohenschönhausen, Oberseestraße 41. Mäßige Honorare. Freitags keine Sprechstunde. — Teleph.: Lichtenberg 1426. — Auskunft und Broschüre 5.— Porto.

Soeben erschien! **Die Kommunistische Internationale** Nr. 21 Soeben erschien!

Aus dem Inhalt: **Karl Radek:** Der Kampf um die proletarische Einheitsfront / **N. Lenin:** Unter der Fahne des Marxismus / **A. Thalheimer:** Skizze der Geschichte der Einheitsfront in Deutschland / **J. Jaroslawski:** Der XI. Kongreß der KPR. / **G. Sinowjew:** Der Weg unserer Partei / **E. Varga:** Der alte und der neue Pazifismus / **A. Losowski:** Die Anarcho-Syndikalisten und die Profintern / **Louis Sellier:** Die sozialistischen Diener des reaktionären Frankreichs / **I. Wardin:** Die sozialrevolutionären Mörder und die sozialdemokratischen Advokaten (Tatsachen und Dokumente) / **L. Trotzki:** Zur Lage in der Kommunistischen Partei Frankreichs / **Ivon Jones:** Der Arbeiteraufstand in Südafrika / **Ch. Kabaktschieff:** Die Balkanpolitik der Entente u. a.

136 Seiten und 4 Illustrationen Preis Mark 60.—

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, **Hamburg 8**

Möbel-Frese Billigste Bezugsquelle für Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer ... Küchen **Weinbergsweg 1** Rosenthaler Platz

Garderoben f. Herbst u. Winter für Herren: Anzüge, Schlüpfer, Hosen, für Damen: Kleider, Mäntel, Kostüme, Röcke auf **Teilzahlung** Grebler, Weinbergsweg 4

Platin-, Gold- u. Silberbruch Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe sowie sämtl. **Altmetalle** kauft zu Engrospreisen **Roseneck, Berlin O.,** Schreinerstraße 32 (Laden) 1 Min. v. Bhf. Frankf. Allee. Fahrgeldverg. Gr Absatzg. f. Händler.

Maurer, große Anzahl, für Innenarb. i. Vorort mit hoher Fahrg.-Vergüt. sofort gesucht Arnold Kutne, Baugeschäft Berlin, Linkstrasse 42 9—4.

Botenfrauen gesucht — Spedition — FRANZEN, NW. Wittstockerstr. 19.

Werbt für unser Blatt!

Ueberall in Zigarrengeschäften erhältlich nur der echte Koplin-Kautabak nur mit Zetteleinlage (Rollen, Schleifen, Stangen, Twist. Verkaufsstellen durch Carl Böcker, Brln., Lichtenberger Str. 33 (gst. 3861)

Spezial-Arzt Dr. Beisterkamp, Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleid.; Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen. In der Heilanstalt „Löser". **Dir. O. Löser. Münzstr. 9.** nahe Alex.-Pl. 10—1 4—7, Sonntags 10—12. Damen separat

Metall erhascht kaufe Osten Gr. Frankf. Weg 90 zahlt Tagespreise f. Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Zahngebisse Gold, Silber usw. kauft zum Selbstgebrauch [illegible] Strasse 35 I. Zahle Fahrgeldvergütung

Spez.-Beh. nur für **Ischias** in Hüft. Gelähm. Bein. Da schw. Fälle in 18 Tag. befeit w., hierüb. unantastbare Heilerf. besteh u. Refs. [illegible] 10—1. **Jacoby.**

Eisen, Knochen, Flaschen u. Papier kauft zu höchsten Tagespreisen M. E. Endemann, Bellermannstr. 85.

Einzelne Möbel in Nußbaum und Eiche sow. kompl. Schlaf- und Wohnzimmer, Sofas, Chaiselongues, Bettstellen, Ruhebetten, weiße u. farbige **Küchen** zu niedr. Preisen und auf bequeme **Teilzahlung Grebler** Weinbergsweg 4 am Rosenthal. Tor

Für Wiederverkäufer! Schokoladen • Bonbons • Dragees • Pralinés • noch zu alten Preisen Koppl, Rosenthalerstr. 10

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drücker **Bruno Laude** Boxhagener Str. 6, am 17. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 23. August 1922, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krematoriums Baumschulenweg, Kiefholzstr., aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin N 54 Linienstr. 83-85 Geschäftszeit von 9 bis 4 Uhr Telephon: Amt Norden 835-836

Donnerstag, den 24. August 1922, abends 6 Uhr

Allgemeine Klempnerversammlung im „Englischen Hof", Alexanderstraße 27b.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Lage im Gewerbe.
2. Diskussion.
3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Jeder Kollege hat die Pflicht, zu erscheinen. Vertrauensmänner und Kommissionsmitglieder treffen sich eine Stunde vorher im kleinen Saal.

Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Cöpenick.

Hiermit laden wir die Mitglieder des Ausschusses zu der am Mittwoch, den 30. August d. J., abends 7½ Uhr im Schloßrestaurant (Inh. Drange), Berliner Straße 1, stattfindenden

außerordentlichen Ausschuß-Sitzung ein.

Tagesordnung:

1. Antrag des Vorstandes auf Aenderung der §§ 20, 27, 34a, 48 und 54 der Kassensatzung.
2. Antrag des Vorstandes auf Aenderung der Krankenordnung.
3. Antrag des Vorstandes auf Aenderung der Mahngebühren.
4. Bericht über das Genesungsheim Seidorf i. R.
5. Geschäftliches.

Die Ausschußmitglieder erhalten noch besondere Einladungen nebst den Vorlagen zu Punkt 1—3 der Tagesordnung.

Berlin-Cöpenick, den 21. August 1922.

Der Vorstand.

Otto Rickel, Vorsitzender.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Damenmäntel, Pelzkragen, Wäsche usw., gelassen [illegible] billig zum Verkauf. Riesenauswahl, Fahrtvergütung. Leihhaus [illegible] Straße 47

Pelzwaren • Gelegenheitskäufe. Füchse und Pelze aller Art enorm billig. Spiger, Kommandantenstraße 28 II.

Wintermäntel Riesenauswahl, kaufen Sie jetzt noch sehr billig bei mir. Michaelis, Mauerstr. 80, eine Treppe, gegenüber Kraußenstraße.

Möbelhaus Rehfeld, Badstr. 34. Gelegenheitskäufe in Schlafzimmern, Speisezimmern, Einzelmöbel neu und gebraucht. Stube und Küche, 16 Teile 6650 M., nur solange Vorrat.

Silberfüchse 400.—, Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Zobel, Herren-Sport-Gehpelze 50 Prozent herabgesetzt. Ferner sämtliche Herren- und Damenbekleidung, Teppiche, Gardinen, Wäsche, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a (Keine Lombardware.)

Gar [illegible] verkauf bis 31. Aug. [illegible] herabgesetzte Preise, alle [illegible] [illegible] 8,— an. [illegible] Gardinen 140,— an, [illegible] Bettdecken, Madrasgardinen, Chaiselongue, [illegible] Spezial [illegible] Schönhauser Allee 162, 1 Treppe, [illegible] [illegible] Schönhauser Allee, Hochbahnstation [illegible]

Reschhaus Pelz, Kottbuser Straße 8. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe, Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert. Abonnenten zwei Prozent Rabatt.

Bettwäsche billig! Trotz enormer Preissteigerung bei uns noch [illegible] Angebote. Nur wirklich gute Qualitäten. Bettbezüge 550, 575, 825, Bettlaken 275, 400 usw. Federdichte Inlette 895. Prima Wäschestoffe, Dimiti, Küchen, herrliche Ueberschlaglaken, Blumenaus, Paradekissen, dauerhafte Handtücher. Riesenauswahl. Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Hotels, Anstalten größeren Rabatt. Stumpe & Jäger, größte Bettwäsche-Spezialfabrik Kottbuserdamm dreiundsechzig, Landsberger Str. achtundachtzig, Dresdener Straße dreiundbreißig.

Bettwäsche billig! Wegen ausnahmsweise zu kaum glaublich billigen Preisen. Deckbettbezüge 410, Kissenbezüge 105, Bettlaken 260, fertige Inlette 850 an. Bunte [illegible] Handtücher, Lakenstoffe, Damaste usw., weil aus alten Abschlüssen bis 30 Proz. unter Tagespreis. Nur in unseren bekannten guten Qualitäten. Massenauswahl! Streng reelles Angebot. Berliner Bettwäschefabrik, Chausseestr. achtundachtzig (gegenüber Liesenstr.), Puttkamerstraße 1, Ecke Wilhelmstraße. Größte Spezialfabriken mit Detailverkauf. Geöffnet ½9 bis 7.

Nähervielleicht Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenw. Weidlich, Brunnenstraße 96 (Humboldt 874).

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Möbel

Chaiselongues 525, Metallbetten 500, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettchen, Meicke, Ruppinerstr. 32a, Quergeb.

Möbelkredit bei kleinster An- und Abzahlung. Komplette Wohnungs-Einrichtungen, eichene Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Görisch, Stralauer Platz 1—2, Ecke Fruchtstr., am Schles. Bahnhof.

Möbelspeicher „Gesundbrunnen", Badstraße 31. Seltene Gelegenheit in Schlafzimmern. Spezialität Stubeneinrichtungen, neu und gebrauchte Küchen prima Emaillelack. — Auch außerhalb.

Fahrräder

Fahrradankauf [illegible]str. 19.

Fahrradankauf höchstzahlend, Brückner Gitschiner Straße 78.

Fahrräder! Riesenauswahl. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Kaufgesuche

Nähgarne. Sattlergarne, Säcke, jeden Posten kauft Möbelgeschäft Woldenberger Str. 2, Alexander 1857.

Möbeleinkauf. Wirtschaften, Nachlässe, Klaviere, Teppiche. Woldenberger Str. 2, Alexander 1857.

Metallschmelze. Neanderstraße 33 (nur im Laden) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, sämtliche Metalle.

Schallplatten, alte, kauft Metallwerke, W. John, Alte Jakobstr. 138, Hallesches Tor.

Vermietungen

Wohnungen vermietet, mietet, tauscht Baß, Gollnowstraße 35, Königstadt 9564. Filialen: Görlitzer Bahnhof, Wiener Straße 27; Wedding, Lindower Straße 6; Spittelmarkt, Seydelstraße 2; Schlesischer Bahnhof, Langestr. 78; Schöneberg, Hauptstraße 105; Moabit, Paulstr. 7; Westen, Kurfürstenstraße 166.

Die Sozialisierung des Hausbesitzes

Ein untaugliches Mittel oder Prinzipienreiterei

Das „Berliner Tageblatt“ setzt sich mit unserer Forderung nach der Sozialisierung des Hausbesitzes kritisch auseinander. Paul Michaelis findet, daß die Verteuerung der Miete auf das Vierfache den Verhältnissen „angemessen“ sei und daß „der überwiegende Teil der erhöhten Miete nicht den Besitzern, sondern dem Hause selbst zugute komme, an dessen Erhaltung die Mieter mindest in dem gleichen Maße, wie die Besitzer interessiert seien.“ Mit der letzten Bemerkung gibt das „Tageblatt“ eine der wichtigsten Voraussetzungen unserer Schlußfolgerung zu. Es gibt zu, daß auf Grund des neuen Reichsmietengesetzes die Mieter in erhöhtem Maße von Vierteljahr zu Vierteljahr mehr (denn auf Grund des Umlageverfahrens wird ja die Mietserhöhung in einem gewissen Abstand der allgemeinen Geldentwertung folgen) zur Erhaltung des Hausbesitzes beitragen und an seiner Verwaltung und Bewirtschaftung mittelbar und unmittelbar in viel stärkerem Maße als bisher beteiligt werden. Daraus folgt von selbst, daß in immer stärkerem Maße das Bestreben sich durchsetzen wird, diese von den Mietern erhaltenen Werte, deren Bewirtschaftung jetzt schon in starkem Maße von den Mietern selbst mit durchgeführt wird, auch der Oeffentlichkeit zu erhalten. Die zunehmenden reinen Spekulationsverkäufe werden diese Bewegung verstärken. Wir sind absolut nicht der Meinung, daß unsere Forderung um der „Prinzipienreiterei“ willen aufgestellt wird und daß sie wirtschaftlich undurchführbar sei.

Wir verstehen unter der Sozialisierung auch nicht ohne weiteres eine Bewirtschaftung des Hausbesitzes durch den zum Teil auf wirtschaftliche Arbeit gar nicht eingestellten bürokratischen Apparat der Stadtverwaltung. Eine wirklich nutzbringende Bewirtschaftung des Hausbesitzes kann nur durch die Interessenten, die Mieter in genossenschaftlicher Form, erfolgen, wobei diese Genossenschaften den Hausbesitz als Träger öffentlich-rechtlicher Funktionen und auf Grund eines zu schaffenden kommunalen Rahmengesetzes zu verwalten und zu erhalten haben. Heute schon überträgt zum Beispiel Groß-Berlin den Besitz zahlreicher Siedlungen an Genossenschaften, die tatsächlich ihren Besitz nicht als privatrechtliches Eigentum, sondern im öffentlichen und gemeinnützigen Interesse verwalten und erhalten. Vorbedingung wäre, daß sofort durch Gesetz die Gemeinden das Vorkaufsrecht für alle vor einem bestimmten Termin, etwa 1918, erbauten Wohnhäuser erhielten und daß Grundsätze für die Bewertung beim Ankauf dieser Häuser im Enteignungsverfahren aufgestellt würden, die eine Bereicherung des Hausbesitzes bei der Abgabe der Wohnung verhindern.

Wenn das „Tageblatt“ meint, daß auch nach unserer Meinung eine Steigerung der Mieten auch dann nicht aufgehalten werden könne und deswegen die genossenschaftliche Verwaltung des Hausbesitzes abgelehnt werden müsse, so ist das ganz abwegig. Eine solche Sozialisierungsaktion und genossenschaftlich gemeinnützige Verwaltung unter Beteiligung und Aufsicht der Kommunen würde zwar die Steigerung der Mieten an sich nicht restlos verhindern können. Aber die Mieter könnten dann auf Grund ihrer eigenen Beteiligung an dieser Verwaltung die Ueberzeugung haben, daß alle von ihnen aufgebrauchten Mittel immer wieder direkt und indirekt nur ihnen selber und der Gemeinheit zugute kommen würden. Die rein demagogische, keifende Agitation der Kommunisten würde bei einer solchen Regelung ebenfalls ausgeschaltet werden. Denn die Regelung des Mietspreises würde sich dann ja noch klarer und eindeutiger als augenblicklich nur nach den tatsächlichen Kosten der Erhaltung und Verwaltung des Hausbesitzes richten, wie es ja in zahllosen Baugenossenschaften, die in früherer Zeit von der Arbeiterschaft errichtet worden sind, heute schon der Fall ist. Die Bewegung für die Ueberführung des Hausbesitzes in gemeinnützige Bewirtschaftung wird zudem eine Bewegung sein, zu deren Träger sich nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch viele Volkskreise machen würden, die sonst sozialistischen Gedankengängen ablehnend gegenüberstehen. Die dabei zu sammelnden Erfahrungen würden gleichzeitig die beste Unterstützung aller Maßnahmen sein, die früher oder später ja doch unausbleiblich kommen müssen und eine höhere Organisation wichtiger Produktionszweige nach gemeinnützigen Gesichtspunkten zum Ziele haben.

Englischer Besuch im Obdachlosenasyl

Der englische Genosse Lee, Geistlicher in einer schottischen Gemeinde, während des Krieges einer der schärfsten und mutigsten Gegner des Völkermordens, mußte sich so lange von den Arbeitern seines Landes sagen lassen, **man lebe in Deutschland und besonders in Berlin in Ueberfluß**, bis er sich zum Versuch der Selbstüberzeugung entschloß und nach Berlin fuhr.

Hier machte er es nicht wie seine Landsleute, die ihre „Studienreise“ am **Kurfürstendamm** beginnen und im **Lunapark** beenden, um dann über Deutschland „aufzuklären“, er wandte sich vielmehr zunächst dem Wedding zu, dort vom Bürgermeister Gen. Leid mit erschöpfendem Material über Berliner Arbeiterverhältnisse versehen, und begab sich dann in die Umgebung des Obdachlosenasyls, zuletzt in dieses selbst.

Zuerst verwundert, wie wenig Elend man eigentlich in Berlin auf den Straßen zu sehen bekomme — ganz im Gegensatz zu den Großstädten des Westens —, erstaunt auch über die Sauberkeit der Bevölkerung der Vorstädte, für einen Kenner Londons geradezu ein Rätsel —, lernte er am Schlusse die Wahrheit in erschütternden Beweisen kennen: in **Berlin ist alles Fassade**, aber hinter dieser Fassade ist ein Elend verborgen und verkrochen, das kaum seines gleichen in der Welt hat. Nur einige von den Kneipen der schlimmsten Armut — gedankenlos Kaschemmen genannt — genügen, um das Elend hervorzuzaubern, von dem tagsüber das Berliner Straßenbild schon aus dem Grunde verschont bleibt, weil diese Armut durch in Lumpen, nein, nicht mehr in Lumpen, schon fast nackt geht, daß sie sich nicht mehr in Gesellschaft wagen darf. Und diese Zufluchtshöhlen, Asyle im letzten Sinne des Wortes, sind in Berlin derart viel, daß ein Abschätzen nach Zahl fast zur Unmöglichkeit wird. Jedes Viertel hat sie — und überall bleiben sie von der Allgemeinheit gleich unbeachtet, der einzigen Wohltat übrigens, die diesen Gesellschaftsopfern zukommt.

Im Asyl selbst fand das Bild des Grauens und Mitleids nur noch Steigerung, statt befreiend und erlösend zu wirken, wie es doch Aufgabe eines Asyls sein müßte. Menschen von Empfindung dürften den Tod dieser Zuflucht vorziehen. Es ist das letzte, wohin ein Mensch flieht — und nur völlige Abstumpfung und Verlust des Würdegefühls vermag den Aufenthalt erträglicher zu machen. Auch ein Beitrag zum Bilderkapitel **Berliner Selbstmorde**.

Gewiß, was die Leitung tun konnte, das ist geschehen. Die Fürsorge für die Familien und Flüchtlinge ist sogar fast vorbildlich zu nennen — immer natürlich in den Grenzen der notgegebenen Verhältnisse —, aber ein Blick in die Massenhöhlen des Asyls wirkt so erschütternd, daß man sich fragen muß, ob denn tatsächlich der Berliner Magistrat derart arm und heruntergekommen ist, daß er nichts, aber auch gar nichts mehr für Volksgenossen übrig hat, die doch immerhin auch Menschen sind. Die musterhafte Verwaltung vermag sich nicht durchzusetzen, wenn ihr die Mittel nur in gänzlich unzulänglicher Weise zur Verfügung stehen und wenn das soziale Verständnis da aufhört, wo die Pflicht dazu und die Verantwortung vorhanden sind.

Nicht das Asyl soll hier geschildert werden — den Berliner Arbeitern ist es zur Genüge bekannt. Das wird der Geistliche Lee in seiner Sprache nachholen und es wird für uns lehrreich sein, wie man im Auslande die Asylverhältnisse einschätzt. Es wird dabei vor allem auch fesselnd sein, wie er als Geistlicher damit zurecht kommt, daß man den ärmsten Opfern gesellschaftlicher Lebegier kein Krankenhaus, sondern nur eine Asylabteilung einräumt. Vergleiche Bibel, Kapitel so und so, Vers x und y . . .

Gen. Lee, der außerordentlich erschüttert war, sah sich „das Volk, das im Ueberfluß lebt“, an der Quelle trüber Lebenswirbel an. Er wird seine Gemeinde aufklären und darüber hinaus zur englischen Arbeiterschaft sprechen können.

Und das ist gut und es ist höchste Zeit dazu, denn dieser Winter wird in Deutschland ein arges Verkommen und Bluten sein.

Der englische Besuch dürfte sich aber auch davon überzeugt haben, daß deutsches Volk nicht allein am Unverständnis des Auslandes, sondern noch mehr an der völligen eigenen Verständnislosigkeit zugrunde geht — und daß der Kurfürstendamm und der Lunapark nicht allein für das Ausland das herrschende Berlin bedeuten . . .

Für den Besuch, der einer Einladung des bekannten Deutschamerikaners Ferdinand Hansen entsprang, dürfen wir dankbar sein. Diese Art ist Propaganda der Tat.

Das Mieterschutzgesetz im Reichswirtschaftsrat abgelehnt

In einem Leitartikel des „Vorwärts“ berichtet Rudolf Wissell von der Ablehnung des Entwurfes des neuen Mieterschutzgesetzes in der zweiten Lesung vor dem Reichswirtschaftsrat mit 64 gegen 60 Stimmen. Es sei eine Zufallsmehrheit gewesen. Sämtliche Arbeitnehmervertreter, gleichviel welcher politischen Partei sie angehören, stimmten für den Entwurf. Die dritte Lesung werde hoffentlich die Annahme des Gesetzentwurfes, bevor er an den Reichstag geht, bringen.

Grundsätzlich mag der Entwurf, wie Wissell sagt, einen Vorteil für die Mieter bedeuten. Das geht ja schon aus der erbitterten Kampfansage der Hausbesitzer hervor. In schwerwiegenden Einzelheiten findet der Entwurf durchaus nicht die Billigung der Mieter. Sie warnen nochmals eindringlich vor der Annahme des Begriffes der erheblichen Belästigung des Vermieters als Kündigungsrecht, da die Folgen unberechenbar sind. Zwar ist dieses Kündigungsrecht in die Form einer Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses beim Amtsgericht gekleidet und das Gericht muß neben dem Amtsrichter mit je einem Vermieter und Mieter besetzt sein, aber das sind nicht genügende Garantien. Auch der Ansicht Wissells, daß die Hausbesitzer wegen der Kosten sich die Klage doppelt und dreifach überlegen werden, kann man nicht zustimmen. Wenn die Hauswirte einen unbequemen Mieter aus dem Hause herausschaffen wollen, kommt es ihnen auf Geld gar nicht an. Man sieht das ja ähnlich bei den nicht aufhörenden Klagen auf Räumung der Portierwohnungen.

Automobilrennen

Gegen rücksichtslose Automobilfahrer geht jetzt die Treptower Schupo erfreulicherweise sehr energisch vor. Hier ist die große Auffahrtstraße zu den Rennen nach Karlshorst. An Renntagen wird die den Treptower Park durchschneidende Chaussee, neben dem Plänterwald die Krug-Allee mit der gefährlichen Kurve bei Baumschulenweg und die weitere Strecke über Johannistal und Schöneweide hinaus in kurzer Zeit von vielen Hundert Automobilen passiert. Was man dann vielfach sieht, macht den Eindruck eines Automobilrennens. Auch zu anderen Zeiten werden die für Fußgänger gefährdeten Verkehrsstellen, so beim Treptower Ringbahnhof und am Rathause, von Autos meist mit unverminderter Schnelligkeit durchsaust. Jetzt werden zeitweise besondere Posten, auch solche in Zivil, ausgestellt, welche die Nummer aller unvorschriftsmäßig gesteuerten Autos notieren. Es sind in den letzten Wochen bereits Dutzende von Feststellungen erfolgt. Werden sich aber die Autobesitzer aus einer

---

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(26. Fortsetzung.)

„Hochmutsstuß, Hochmutsstuß, Hochmutsstuß!“ so wie er's dreimal hinter einander nach seiner Gewohnheit mit seiner unglaublich raschen Zunge sagte. Aber da hatte sie ihren Buben verteidigt und hatte ihm erklärt, daß das schöne Muster gerad so viel koste wie das ekelige, und daß die armen Leut auch haben könnten, was die reichen Leut hätten, besonders wenn's nit mehr kosten tät.

„Man kann sich doch das Leben grad so schön machen mit demselben Geld, und es braucht ei'm doch nit auch noch an die Wand geschrieben zu werden, wie lumpig man ist, so wie du's den armen Leut tust und ihnen was an die Wänd schmierst, schön oder nit schön, gut für das Lumpenzeug.“

Da hatte er sie angesehen und mit den Augen gezwinkert, und auf seiner roten Weinnase gab's ein feines Funkeln, fast, als wär ein Streichholz dran angestrichen worden — so wie's im Dunkeln nachleuchtet an der Wand — und das Funkeln lief blaurot hinauf bis in die Stirne unter das Kappenschild, und der Anderbach sagte:

„Was? Was? Was? Was schwätzt du, was schwätzt du, was schwätzt du?“

„Na ja, 's ist doch so!“

Da fuhr ihm der Zorn heraus, und er welschte hebräisch. Das tat er immer, wenn er zornig war. Er hatte es von den Juden gelernt, mit denen er viel verkehrte. Den Schluß seines Gewelsches machte er mit einem dreimaligen: Katäsem, Katäsem, Katäsem — was so viel wie Lump heißt.

Aber die Klar kannte das Wort auch, und ihm nachspottend sagte sie, so rasch es ihre Zunge erlaubte: Selbst Katäsem, selbst Katäsem, selbst Katäsem! und ging rasch hinaus.

Das verjagte dem Anderbach den Zorn, und er lachte laut auf. Aber nach einer Weile hörte ihn die Klar von ihrer Küche aus doch im Selbstgespräch sagen: „Narrenmensch, Narrenmensch, Narrenmensch!“ Dann pfiff er. Und den ganzen Tag hörte das Pfeifen nicht mehr auf.

Aber der Klar war es nicht wohl in der feinen Stube, dem Philipp freilich war's noch nicht genug. Eines Tags fand sie ihn, daß er mit Petroleum und Rüböl die nußbaumene Kommode und das Schatullchen abrieb, daß er die Tisch- und Stuhlbeine polierte, die Stuhllehnen und die Banklehne, und alles anders stellte in der Stube. Das Eckbreitchen hatte er abgenommen und die Perlenfransen umgedreht, die linke Seite nach außen, weil sie noch frisch war, den Lampenfuß hatte er fein abgerieben und den Rahmen vom Haussegen. Dann hatte er das Bild vom Großherzog aufgehängt, das er die Kirchweih von seinem „Kerwegeld“ gekauft hatte. Es war bunt und hatte einen Rahmen aus Blech, der aber wie das pure Silber aussah. Darum hatte er dann ein paar Photographien gehängt — ein Schulbild, auf dem auch der alte Krafft mit seinem weißen Bart war — ihr Bild, wie sie Mädchen war, und ein Bild vom Vater, wie er noch ein ordentlicher Bursch war und frisch und flott ausgesehen hatte. Das Bild war freilich ein bißchen blaß geworden. Aber der Philipp hatte das schön arrangiert, und man konnte meinen, man sei in einer Herrschaftsstube. Eines Abends sagte die Klar zu ihm:

„Fein ist's jetzt bei uns, wie bei Baronen.“

„Ach,“ sagte er, „lauter alter Kram. Was Gescheites ist damit nicht anzufangen.“

„Nit anzufangen?“ wiederholte die Mutter.

„Na ja, sollst mal bei 's Kraffte sehen.“

„So? Dann geh ganz hin“ — er hörte mit beleidigtem Ohr das hohe A in ‚ganz‘ — „wenn dir's bei deiner Mutter nit mehr gefällt.“

„Ach, Mutter, du redst dumme Sachen“ — er sagte nun nicht mehr ihr, sondern du zu ihr — „Ziegelerleut sind Ziegelerleut, und Schullehrerleut sind Schullehrerleut. Du willst ja, daß ich Schullehrer werden soll, da kann ich doch kein Ziegler bleiben.“

Das leuchtete der Klar ein, und sie nickte und lächelte. Aber wohl fühlte sie sich in der Stube nicht. Oefter stand sie auf der Treppe und sah nach der Eulenmühle mit einem bösen Blick. Da war der Philipp. Da ging er hin, sobald er nur seine Schulaufgaben gemacht hatte. Zu Hause wollte er nicht bleiben. Erst zum Spengler Schlüssel, der ihm Reden aus seinen Büchern hielt und lauter gefährlich Zeugs vorschwätzte, und dann hinaus in die Eulenmühle. Bei den reichen Leuten fühlte er sich wohl.

Nun hatte sie auch noch die Dummheit gemacht und ihn mit der alten Uhr vom Vater zum „armen Lukas“ geschickt. Er sollte die Uhr als Abendmahlsgeschenk haben. Denn nun war er schon vierzehn Jahre — und hätte sie die Stange mit dem Schullehrer nicht im Kopfe, könnte er jetzt schon in der Ziegelhütte arbeiten und Geld verdienen. Aber nein. Na gut — es war angefangen und wurde durchgesetzt. Der Anderbach sagte zwar immer zum Philipp: „Hochmutsstuß, Hochmutsstuß, Hochmutsstuß!“ aber wenn der närrische Anderbach sich auch ärgerte, was lag daran! Nun hatte der Philipp um die Uhr gequält. Den „weißen Sonntag“ hatte sie so müssen vorüber gehen lassen, ohne ihm etwas schenken zu können. Nun sollte er die Uhr haben. Er brauchte sie ja auch.

Jetzt hockte er noch jeden Tag bei dem einfältigen „armen Lukas“ und ließ sich die Uhr reparieren. Gescheites Geschwätz konnte der Lukas machen, aber getaugt im Leben hat er gar nichts. Hätt erst mal leisten und verdienen sollen mit seiner Gescheitigkeit. Aber nix! So ein bißchen da herumbosseln. Dreck — da pfiff der Hund hinein. Und der Philipp hockte bei ihm und hörte sein Geschwätz an, als hätt der Lukas die Weisheit mit Löffeln gefressen. So ein Bosselmännchen, der sich nicht mal einen Hosenknpf richtig verdienen kann. Der war dem Philipp wieder gut genug, aber sie nicht. Die Eulenmühle, der arme Lukas, der Spengler Schlüssel, die alte Lisbeth und natürlich: der alte Krafft. Nur nicht seine Mutter. Nein, gegen den alten Krafft wollte sie ja nichts sagen; aber die andern. Und das Wort vom Anderbach kam ihr wahrhaftig selbst auf die Zunge: Hochmutsstuß, Hochmutsstuß, Hochmutsstuß!

(Fortsetzung folgt.)

Geldstrafe, selbst wenn sie mehrere hundert Papiermark beträgt, viel machen? Hier kann nach wiederholter Bestrafung nur die rücksichtslose Entziehung des Fahrscheines helfen.

Bund für Mutterschutz. Der Magistrat hat beschlossen: an den Bund für Mutterschutz zu den bereits bewilligten 60 000 Mark weitere 25 000 Mark zu bewilligen.

Die Kosten für die Beschaffung der Inneneinrichtung der Quarantäne- und Isolestation des städtischen Krankenhauses Moabit im Betrage bis zu 500 000 M. werden vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung bewilligt. Zur Vermeidung weiterer Verteuerung der Sache wird die sofortige Beschaffung der Gegenstände genehmigt; mit dem Bau des Quarantänepavillons wird schon jetzt begonnen.

Kleinrentnerfürsorge. Der Magistrat Berlin hat weitere 4,40 Mill. Mark zu den vom Reich und Staat für die Kleinrentnerfürsorge bewilligt. Das Reich hatte seinerzeit 100 Millionen Mark für diese zur Verfügung gestellt, aber nur die Hälfte an Länder und Gemeinden verteilt. Berlin hatte nur 6 Millionen Mark erhalten. Der Magistrat hatte zunächst 3 Millionen Mark als Zuschuß gezahlt und dann weitere 1,4 Mill. Mark bewilligt erhalten. Nunmehr hat das Reich einen weiteren Zuschuß in Aussicht gestellt.

Jugendweihe. Der Unterricht in der Schule Wrangelstraße 128 findet jeden Donnerstag von 5—6 Uhr statt.

Sprech-Chor für die Proletarischen Feierstunden. Donnerstag, abends 7 Uhr, Uebungsstunde in der Aula der Sophien-Schule, Weinmeisterstraße 16/17. Alle Mitglieder, auch die Kinder müssen erscheinen. Neue Mitglieder, Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder können sich in der Uebungsstunde zur Aufnahme melden.

Konsumgenossenschafter! Alle Mitglieder, die sich für Errichtung einer neuen Verkaufsstelle am Schönhauser Tor interessieren, werden ersucht, zu der am Mittwoch, den 23. August, abends 7½ Uhr, im Bürgerheim, Alte Schönhauserstr. 23/24, stattfindenden Versammlung zu erscheinen.

Durch herabfallenden Hausputz schwer verletzt. Als gestern nachmittag die 41 Jahre alte Frau Bertha Petzke an dem Hause Potsdamer Straße 141 vorbeiging, lösten sich plötzlich größere Massen Kalkputz von der Fassade des Hauses und trafen die P. am Kopfe. Mit erheblichen Verletzungen schaffte man die Besinnungslose nach der Rettungsstelle 2, wo der Arzt auch noch eine Gehirnerschütterung konstatierte.

Ueberfahren und getötet. Gestern nachmittag wurde ein etwa 40 Jahre alter Mann Ecke der Adalbert- und Melchiorstraße von einem Geschäftswagen überfahren und auf der Stelle getötet. Der Unbekannte ist auf beiden Unterarmen folgendermaßen tätowiert: auf dem linken Unterarm eine Eichenranke mit dem Brustbild einer Frau sowie ein Herz mit den Buchstaben „H. B." 1888, darunter die Buchstaben „R. J." mit einer Krone darüber, auf dem rechten Unterarm zwei männliche Personen, die sich die Hände reichen. Bekleidet war der Tote mit einem pfeffer- und salzfarbenen Jackett, Militärhose, grauen wollenen Strümpfen, Strumpfbändern aus Leder. Im Oberkiefer hat er ein künstliches Gebiß. Ein Fahrrad lag neben dem Leblosen. Die Leiche wurde zunächst nach dem Krankenhause Bethanien geschafft.

Vor dem elterlichen Wohnhause Kniebeckstraße 105 wurde gestern nachmittag der 3jährige Sohn Gerhard des Arbeiters Julius Lewandowski von einer Kraftdroschke überfahren und am Kopfe schwer verletzt. Man trug ihn nach der elterlichen Wohnung, wo für sofortige ärztliche Hilfe gesorgt wurde.

Aus der Chronik der Lebensmüden. Die 25 Jahre alte Gertwige von Stanschewitz, die aus Riga gebürtig ist, wurde gestern abend in ihrer Wohnung in der Bleibtreustraße, durch Gas vergiftet, tot aufgefunden. Ob ein Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, bedarf noch der Aufklärung. — Aus Furcht vor Strafe vergiftete sich gestern abend die 18jährige Charlotte Sch. in der elterlichen Wohnung in der Müllerstr. mit Gas. Sie wurde noch lebend aufgefunden. — Wegen Familienstreitigkeiten vergiftete sich gestern nachmittag in seiner Wohnung in der Goßlerstraße der 54 Jahre alte Maler August N. mit Gas. Er wurde noch lebend nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht. — Gram um den Tod der Tochter hat die 70 Jahre alte Frau Ernestine W. in den Tod getrieben. Sie vergiftete sich in ihrer Wohnung in der Ueckermünder Straße mit Gas. — Gestern abend jagte sich der 43 Jahre alte Schreiber Heinz M. in seiner Wohnung in Spandau eine Kugel ins Herz und war sofort tot. Motiv: Schwermut. — Wegen dauernder Krankheit erhängte sich in der vergangenen Nacht der 55 Jahre alte Schlächter Johannes T. in seiner Wohnung in der Beusselstraße an der Türklinke. — Gestern abend erschoß sich der 43 Jahre alte Kaufmann Rudolf W. in seiner Wohnung in der Konstanzer Straße in Wilmersdorf. Er war schwer leidend und hatte bereits wiederholt Selbstmordgedanken geäußert.

An unsere Abonnenten!

Um unseren Postabonnenten eine pünktliche Weiterbelieferung für Monat September sicherzustellen, bitten wir das Postabonnement sofort, spätestens aber bis zum 25. d. M., beim zuständigen Postamt oder Briefträger zu bestellen. Bei verspäteter Neubestellung sind Verzögerungen in der Zustellung unvermeidlich und übernimmt die Post dann keine Verantwortung. Verlag der „Freiheit" e. G. m. b. H.

Gewerkschaftliches

Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Am Montag begannen in dem großen Prachtsaal des Metallpalastes in Magdeburg die Verhandlungen des 9. Verbandstages der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Insgesamt sind 267 Delegierte, Verbandsvorstand, Ausschuß, Revisoren, Redaktion und Gauleiter mit insgesamt 44 Personen vertreten. Die Internationale Federation der Arbeiter öffentlicher Dienste und Betriebe ist durch den Sekretär van Hinte, Amsterdam, der ADGB. durch Sabath, die Reichsbetriebsrätezentrale durch Tabbert, Berlin, vertreten. Außerdem sind Vertreter von Bruderorganisationen aus Dänemark, Schweden, Frankreich, Belgien, Holland und der Schweiz, sowie Vertreter von anderen deutschen Gewerkschaften anwesend.

Der Verbandsvorsitzende Müntner hielt die Begrüßungsansprache, der sich Ansprachen der Vertreter der verschiedenen Körperschaften und Organisationen anschlossen.

Die Erstattung des Geschäftsberichts wurde durch ein Referat Müntner über die allgemeine Verbandsentwicklung und die Streiks- und Lohnbewegungen eingeleitet. Nach Mitteilungen über einige Personalveränderungen im Hauptvorstand ging Müntner auf die allgemeine Verbandsentwicklung ein. Gegenwärtig sind in den 902 Filialen des Verbandes 287 000 Mitglieder organisiert. Die Regierungsvorlage über die Schlichtungsordnung hat der Hauptvorstand entschieden abgelehnt. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1920 über das Stillegen von öffentlichen Staats- und kommunalen Betrieben ist ebenfalls vom Vorstand abgelehnt worden. Zur Heranbildung von Industrieorganisationen hat sich der Vorstand im Sinne des Leipziger Beschlusses betätigt. Zu den von der Organisation im Berichtsjahr geführten Lohnkämpfen teilt Müntner mit, daß im Gegensatz zu früheren Zeiten gewaltige Aufwendungen an Arbeitskraft und Geldwert gemacht worden sind. Die durch die Streiks und auch durch Bewegungen ohne Streiks errungenen Lohnerhöhungen ergeben im Verhältnis zu früher fabelhafte Summen, aber sie folgen trotzdem nicht der Entwertung der Mark. Müntner befaßte sich dann eingehend mit dem unglücklich verlaufenen Berliner Streik von 1921, der nicht nach gewerkschaftlichen Grundsätzen geführt worden sei. (Starker Beifall.)

In der Nachmittagssitzung referierte das Vorstandsmitglied Schulz über das Tarifvertragswesen des Verbandes. Man hat in drei Tarifformen zu unterscheiden: lokaler Einzeltarifvertrag, Bezirkstarifvertrag und Zentraltarifvertrag. Das lokale Einzeltarifvertragswesen verliere mehr und mehr an Bedeutung. Dementsprechend steigt die Bedeutung der Bezirkstarife. Für die Kommunalarbeiter besteht ein zentraler Reichs-Manteltarif, der Mindestsätze festlegt, Abweichungen davon aber lokaler und bezirklicher Regelung überläßt. Der Referent beschäftigte sich am Schluß seines Vortrages mit den vorliegenden Anträgen über Aenderung und Erweiterung des Tarifwesens, die sich auf grundsätzliches Festhalten der 48 Stundenwoche, Urlaub, Ruhelohn, Krankenlohn, Lohnklasseneinteilung, Schiedsgerichtsbestimmungen, Lehrlingsfrage u. a. beziehen.

Ueber die Betriebsräte im Verband und ihre Aufgaben hielt Stetter (Vorstand) ein instruktives Referat. Er betonte, daß die an das Betriebsrätegesetz anfänglich geknüpften großen Hoffnungen sich nicht erfüllt hätten. Abgesehen von den dem Gesetz anhaftenden Mängeln fehlt organisatorisch zwischen den Betriebsräten und dem Reichswirtschaftsrat das Bindeglied der Bezirkswirtschaftsräte. Diese müßten recht bald geschaffen werden. Trotz der Mängel biete aber das Betriebsrätegesetz den Betriebsräten ein weites Betätigungsfeld. Der Redner kam zu dem Schluß, daß das auf dem Boden des Betriebsrätegesetzes Errungene eine Plattform darstelle, von der aus der Kampf der Arbeiterklasse erfolgreicher als früher geführt werden könne.

Der Vorsitzende verlas hierauf eine im Laufe des Referats eingegangene Resolution, die sich gegen das mangelhafte Betriebsrätegesetz und die falsche Handhabung des Gesetzes durch die Gewerkschaften wendet.

Dann erfolgte noch das Referat des Redakteurs Dittmer über die Presse. Die Auflage der „Gewerkschaft" 1919 auf dem Verbandstag in Nürnberg betrug 250 000; die gegenwärtige ist 315 000. In geringem Umfange spielten theoretische Auseinandersetzungen, wie sie aufgekommen sind im besonderen seit der Revolution, sich auch ab im Verbandsorgan, desgleichen größere Auseinandersetzungen über den großen Streik in Berlin. Ein trübes Kapitel ist der Stand der Papierpreise (Ende 1920 pro Exemplar „Gewerkschaft" 6 Pfg., gegenwärtig 1,20 Mk., die „Sanitätswarte" 35 Pfg.) Gesagt könne werden, daß auch über die Kreise des Verbandes hinaus der „Gewerkschaft" viel Anerkennung gezollt werde. (Lebhafter Beifall.)

Streikgefahr im Einzelhandel

Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der für die Angestellten des Einzelhandels für August eine Erhöhung der Gehälter in den Gruppen 1 und 2 um 47½%, in den Gruppen 3 und 4 um 50%, für Lehrlinge und jugendliche Angestellte 35% bzw. 37½% gegenüber Juli brachte, ist in einer Urabstimmung in den Betrieben mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden, nachdem vorher schon eine überfüllte Versammlung den Spruch als völlig unzulänglich verworfen hatte. Seit Fällung des Schiedsspruches haben sich die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel noch weiter nach oben entwickelt, so daß am Ultimo die tatsächliche Lohnerhöhung sich viel schlechter auswirken würde als es prozentual zum Ausdruck kommt. Dazu kommt, daß im Juni nur ein Aufschlag von 12½% auf die Maigehälter erfolgte, wobei Jugendliche und Lehrlinge fast völlig ausfielen, während im Juli eine Erhöhung von 15 — nur 24% bewilligt wurde. Das Elend der Angestellten des Einzelhandels ist so groß, daß die Erbitterung über die mangelnde Einsicht der Arbeitgeber nicht mehr steigerungsfähig ist.

Die Ablehnung des Schiedsspruches rückt die Gefahr eines Streiks in bedrohliche Nähe. Es ist nicht die Schuld des Zentralverbandes der Angestellten, wenn es diesmal zur Explosion im Einzelhandel kommt. In den letzten drei Jahren sind die Lohnbewegungen der Angestellten des Einzelhandels immer ohne die Anwendung gewerkschaftlicher Mittel abgeschlossen worden, wenn auch häufig genug lebhafter Widerstand gegen die Abschlüsse bestand. Nunmehr werden die Angestellten des Einzelhandels zu entscheidenden Maßnahmen greifen.

Der Zentralverband der Angestellten wird am Mittwoch abend im Kreise der Beschlußkörperschaften zur Sachlage Stellung nehmen und den Angestellten weitere Weisungen zukommen lassen. In den Betrieben hat schon jetzt jeder dafür zu sorgen, daß auf den Ernst der Situation hingewiesen wird und etwa noch abseits Stehende sich sofort der Organisation anschließen. Es geht um die Existenz der Angestellten.

Angestellte der Metallindustrie

Am vergangenen Montag wurden mit dem Verband Berliner Metallindustrieller die Verhandlungen über den neuen Manteltarif begonnen. Fritz Schmidt vom AfA-Bund vertrat zunächst die Forderung sämtlicher Angestellter bezüglich der halbmonatlichen Gehaltszahlung.

Der V. B. M. J. lehnte diese Forderung ab, so daß die Verhandlungen hierüber als gescheitert angesehen werden müssen. Bei seinem Vorgehen hatte der V. B. M. J. die tapfere Unterstützung der Vertreter des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes gefunden, der aus reinem Standesdünkel, im Gegensatz zu seinen Mitgliedern in den Betrieben, gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband diese Forderung bekämpfte.

Die Angestellten der Metallindustrie sind also wieder einmal die Geschädigten.

Die AfA-Vertreter forderten dann für den Monat August eine noch in dieser Woche erfolgende Akontozahlung auf das August-Gehalt. Wir fordern die Betriebsräte auf, sich sofort von den Firmenleitungen darüber Bescheid zu holen und uns zu berichten. Ueber die sonstigen Rahmenbestimmungen dauern die Verhandlungen fort.

Die Festlegung der August-Gehälter erfolgt in einem am Donnerstag, den 24. d. M., nachmittags stattfindenden Termin vor dem Reichsarbeitsministerium. Am selben Tage, abends 8 Uhr versammeln sich unsere sämtlichen Funktionäre in der Metallindustrie im Dresdener Kasino, Dresdener Straße 96 zur Entgegennahme des Berichtes.

Zentralverband der Angestellten.

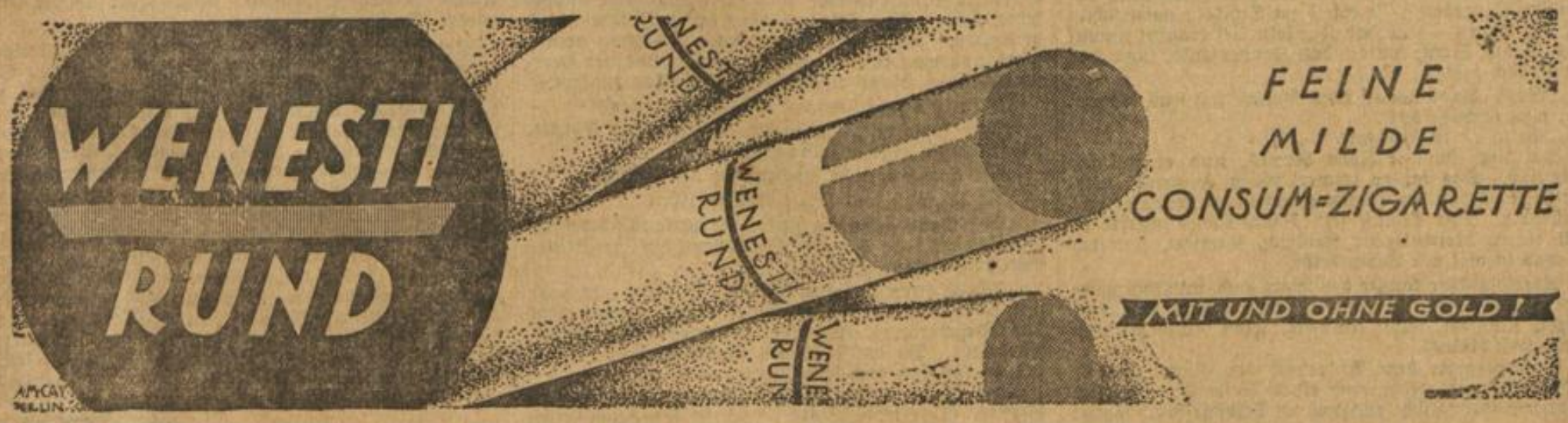
Die Lage im Schuhmachergewerbe

Am Montag beschäftigte sich eine vom Zentralverband der Schuhmacher einberufene öffentliche Schuhmacherversammlung mit der Antwort der Berliner Schuhmacherinnungen, die auf die von der Organisation gestellten Lohnforderungen vom 2. August eingegangen war. Gefordert war die Erhöhung des Stundenlohnes auf 33 Mark. Der Vorsitzende der Berliner Schuhmacher-Innungen, der Obermeister Eckerlein, teilte mit, daß auf Grund der gestellten Forderungen nicht verhandelt werden könne, die Innung sei aber zu einem Tarifabschluß bereit, wenn ein Angebot auf feste Akkordsätze gemacht wird. Der Berichterstatter Schüler bemerkte dazu, daß diesem Verlangen Rechnung getragen worden sei. Für mechanische Betriebe seien mit Geltung bis zum 31. August für männliche Arbeiter 36 Mark, für weibliche 31 Mark gefordert. Ab 1. September werden 35 bis 43 M. verlangt. Auf diese Forderungen hat die Innung noch nicht geantwortet. Der Redner betonte, daß die Arbeitgeber diese geforderten Lohnsätze ohne weiteres bezahlen können, da die Preise für Schuhreparaturen entsprechend erhöht worden sind. Für ein Paar Herrensohlen (genäht) werden vom 1.—15. August 281,50 M., ab 15. August 441 Mark gefordert. Das ist eine Erhöhung von 159,50 M. Der Arbeitslohn betrug bisher 60 Mark. Ab 15. August will die Innung 69 Mark bezahlen, also 9 Mark mehr. Genagelte Herrensohlen kosten 241,25 M. bis 327,50 Mark. Der Arbeitslohn beträgt 40 M., ab 15. August 46 M., also ganze 6 Mark mehr. Man sieht, daß die Berliner Schuhmacherinnungen die Preise planmäßig erhöhen. Die Erhöhung der Löhne steht hierzu in keinem Verhältnis.

Die Versammlung nahm vorläufig von einem Streikbeschluß Abstand, um die endgültige Antwort der Unternehmer abzuwarten. Am Montag, dem 28. August, finden in den bekannten Bezirkslokalen erneut Bezirksversammlungen statt, in denen über die zu ergreifenden Maßnahmen beschlossen werden wird.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Die am Montag vertagte Versammlung für alle in Buchdruckereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen findet am Mittwoch, den 23. August, nachmittags 4½ Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 25, statt.

Wir ersuchen um pünktliches Erscheinen, da um 7 Uhr der Saal geräumt werden muß. — Die Branchenleitung.

Holzarbeiter! Heute, Mittwoch abend, 7 Uhr bei Kliems Funktionärversammlung. Verwaltungssitzung 5 Uhr im kleinen Saal.

Aufgehobene Sperre. Die vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten über das Lokal „Andreas-Festsäle", Andreasstr., verhängte Sperre ist aufgehoben.